

Wahlprogrammmodule

LPT 2010.2

NRW:Landesparteitag 2010.2/Gesundheit

Aus Piratenwiki

< [NRW:Landesparteitag 2010.2](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Dies sind die Vorschläge für den Themenbereich Gesundheit im Wahlprogramm der NRW-Piraten zur Landtagswahl 2010.

Um auf der LMV die vorgeschlagenen Wahlprogrammmodule möglichst schnell abstimmen zu können, sollen möglichst viele NRW-Piraten bereits im Vorfeld eine Meinung zu dem Modul in einer Doodle-Umfrage abgeben. Dies ist keine endgültige Stimmabgabe, sondern dient nur dazu, die Abstimmungen auf der LMV sinnvoll strukturieren zu können

[Link zur Doodle-Umfrage](#)

Inhaltsverzeichnis

[[Verbergen](#)]

- [1 4.1: Freier Zugang zu medizinischen und pharmazeutischen Fachdatenbanken](#)
- [2 4.2: Veröffentlichungspflicht für medizinische und pharmazeutische Studien](#)
- [3 4.3: Privatisierung der Krankenhäuser](#)
- [4 4.4: Pflegekräftemangel vs. demografischer Wandel](#)
- [5 4.5: Pflegeausbildung](#)
- [6 4.6: Imageverbesserung in der Krankenpflege](#)
- [7 4.7: U-Untersuchungen für Kinder](#)
- [8 4.8: U-Untersuchungen verpflichtend machen](#)
- [9 4.9: Erste Hilfe](#)
- [10 4.10: Schule macht Krank?!](#)

4.1: Freier Zugang zu medizinischen und pharmazeutischen Fachdatenbanken

Die aktuelle Gesetzgebung im Bereich des Schutzes geistigen Eigentums behindert für Laien den freien Zugang zu vielen Fachdatenbanken. Besonders im Gesundheitssektor gibt es eine stetig wachsende Anzahl an Personen, die sich tiefergehend mit ihrer Krankheit beschäftigen möchten, es jedoch wegen fehlendem Zugang zu Informationen nicht können. Wir setzen uns deshalb für einen ungehinderten Zugang zu den gängigen Fachdatenbanken ein.

Autoren AK Gesundheit, redigiert: [Lechimp](#), [Ergonaut](#), [Maxwell](#)

[Link zum Arguliner](#)

4.2: Veröffentlichungspflicht für medizinische und pharmazeutische Studien

Die forschenden pharmazeutischen Firmen sind zur Zeit nicht zur vollständigen Veröffentlichung von Studien gezwungen. Bisher existieren nur Selbstverpflichtungen und Absichtserklärungen seitens der Industrie. Zur Zeit ist es gängige Praxis von einer klinischen Studie ungünstige Teilaspekte zu verschweigen oder durch nachträgliche Änderung des Studiendesigns die Studie positiver erscheinen zu lassen.

Im Sinne eines auf das Wohl des Patienten ausgerichteten Gesundheitssystems muss es eine gesetzliche Verpflichtung zur Veröffentlichung aller Studiendaten auf frei zugänglichen Portalen geben.

Forschungen, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, müssen unter den offenen Lizenzen "CC-BY-SA" oder "CC-BY-NC" veröffentlicht werden. Die Ergebnisse müssen der deutschen Bevölkerung auf Anfrage zugänglich sein.

Autoren AK Gesundheit, redigiert: [Lechimp](#), [Ergonaut](#), [Maxwell](#)

[Link zum Arguliner](#)

4.3: Privatisierung der Krankenhäuser

Generell ist zu befürchten, dass bei einer Privatisierung der Krankenhäuser nicht mehr die Gesundheit des Patienten das Hauptinteresse ist, sondern der zu erzielende Gewinn. Finanziell uninteressante Patienten werden nicht oder nur ungerne versorgt.

Eine weitere Konsequenz dieser marktwirtschaftlichen Denkweise sind eine Abnahme von Personal und eine Zunahme schlechterer Arbeitsbedingungen. Mit einer Privatisierung der Krankenhäuser können und werden Tarifverträge und -löhne einzelner Berufsgruppen umgangen. Zu der Abnahme im Personalbereich kommt, dass die Krankenhäuser in wenig attraktiven Lagen, wie ländlichen Gegenden, keinen privaten Träger mehr finden und daher geschlossen werden. Die ohnehin schon durch Ärztemangel gekennzeichneten Gebiete würden noch stärker unterversorgt. Auch im Bereich der Unikliniken ist zu befürchten, dass bei einer Privatisierung der Krankenhäuser der Forschungs- und Lehrbereich im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit beschnitten wird. Die Privatisierung der Krankenhäuser führt zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des medizinischen Personals, einer Verschlechterung der flächendeckenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung, einer Abnahme der medizinischen Forschung und zu einer Förderung der Zwei-Klassen-Medizin. Deshalb setzen sich die NRW-Piraten dafür ein, dass die öffentlich geführten Krankenhäuser soweit gestärkt werden, dass der Weg in die Privatisierung nicht notwendig ist.

Autoren AK Gesundheit, redigiert: [Lechimp](#), [Ergonaut](#), [Maxwell](#)

[Link zum Arguliner](#)

4.4: Pflegekräftemangel vs. demografischer Wandel

Die Menschen in Deutschland werden immer älter. Nach Berechnungen des statistischen Bundesamtes wurden Männer im Jahr 1998/2000 im Schnitt 79 Jahre und Frauen 83 Jahre alt. Im Jahr 2050 werden sich diese Zahlen verschoben haben. Erwartet wird eine durchschnittliche Lebenserwartung für den Mann von 83,7 Jahren und Frauen von 88,2 Jahren. Dieser Entwicklung,

die mit einem erhöhten Bedarf an Pflegekräften einhergeht, steht der allgemeine Abbau der Pflegestellen gegenüber. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden.

Autoren AK Gesundheit, redigiert: [Lechimp](#), [Ergonaut](#), [Maxwell](#)

[Link zum Arguliner](#)

4.5: Pflegeausbildung

Die Auszubildenden in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen werden aufgrund des Arbeitskräftemangels oft als volle Arbeitskraft eingesetzt, anstatt angelernt zu werden, wie es im Ausbildungsvertrag vorgesehen ist. Um die Finanzierung der Krankenpflegeausbildung weiterhin zu gewährleisten, muss diese zusammengelegt werden mit der Ausbildung zur Kinderkrankenpflege und zur Altenpflege. Die zunächst gemeinsame Ausbildung mit späterer Spezialisierung erfolgt an Berufsschulen in NRW. Während der praktischen Ausbildung sollen die Auszubildenden die Möglichkeit haben, die Arbeit in Krankenhäusern, Altenpflegeheimen, ambulanten Pflegeeinrichtungen, Hospizen und Psychiatrien kennenzulernen und hier die Basis zu schaffen, als qualifizierte Pflegekraft nach der Ausbildung einen Pflegeberuf zu ergreifen.

Autoren AK Gesundheit, redigiert: [Lechimp](#), [Ergonaut](#), [Maxwell](#)

[Link zum Arguliner](#)

4.6: Imageverbesserung in der Krankenpflege

Der Beruf der Pflegenden ist in der Bevölkerung unattraktiv. Das ist begründet durch die Arbeitszeiten, die hohen psychischen und physischen Belastungen und die nur unzureichend vorhandenen Aufstiegsmöglichkeiten. Deshalb setzen sich die NRW-Piraten dafür ein, dass das Weiterbildungsangebot für Pflegenden erweitert und vom Land NRW finanziell gefördert wird. Das erhöht die Professionalität der Pflegenden und verbessert das Image des Pflegeberufes in Kombination mit der verbesserten Ausbildungssituation und der Umwandlung des Pflegestellenabbaus.

Autoren AK Gesundheit, redigiert: [Lechimp](#), [Ergonaut](#), [Maxwell](#)

[Link zum Arguliner](#)

4.7: U-Untersuchungen für Kinder

Kinder werden ab der Geburt regelmäßig einem Kinderarzt vorgestellt, um mögliche Fehlentwicklungen des Kindes frühzeitig zu erkennen. Die regelmäßigen Untersuchungen enden mit dem Übergang zur Schule. Deshalb wollen die NRW-Piraten, dass zwischen dem 5. und dem 14. Lebensjahr im jährlichen Rhythmus U-Untersuchungen durchgeführt werden. Die U-Untersuchungen vor dem 5. Lebensjahr und die J-Untersuchungen nach dem 14. Lebensjahr sollen nach der bisherigen Regelung beibehalten werden.

Autoren AK Gesundheit, redigiert: [Lechimp](#), [Ergonaut](#), [Maxwell](#)

[Link zum Arguliner](#)

4.8: U-Untersuchungen verpflichtend machen

In einer nicht unerheblichen Zahl von Elternhäusern sind die Eltern nicht in der Lage, sich angemessen um ihre Kinder zu kümmern. Durch Überlastung und Überforderung entstehen

Probleme wie Verwahrlosung und Gewalt gegen Kinder. Die Gesundheitsvorsorgeuntersuchung muss bis zum 18. Lebensjahr fortgeführt werden. Die NRW-Piraten wollen sicherstellen, dass die Untersuchungen wahrgenommen werden.

Autoren AK Gesundheit, redigiert: [Lechimp](#), [Ergonaut](#), [Maxwell](#)

[Link zum Arguliner](#)

4.9: Erste Hilfe

Die NRW-Piraten planen ein Programm zur Förderung von Ersthelfermaßnahmen. Es reicht nicht, einmal im Leben an einer Schulungsmaßnahme in lebensrettenden Sofortmaßnahmen teilzunehmen.

Wir wollen daher, dass Erste Hilfe in die Schulprogramme für Schülerinnen und Schüler zwischen 10 und 16 Jahren zum Beispiel im Rahmen von Projekttagen aufgenommen wird. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einrichtung und Förderung von Schulsanitätsdiensten ein, die auf freiwilliger Basis beruhen und das Verantwortungsbewusstsein der Schülerinnen und Schüler fördern. Die bereits bestehenden Angebote der Ersten Hilfe sollen für Interessierte kostenfrei angeboten werden

Autoren AK Gesundheit, redigiert: [Lechimp](#), [Ergonaut](#), [Maxwell](#)

[Link zum Arguliner](#)

4.10: Schule macht Krank?!

Schüler und Lehrer in den allgemeinbildenden Schulen im Land sind täglich Belastungen ausgesetzt, die durchaus mit denen eines Arbeitnehmers im Büroumfeld zu vergleichen sind. Trotz der absehbaren Folge- und Spätschäden für die Gesundheit werden Probleme nicht gelöst und mit dem Hinweis auf die desolate Finanzlage abgewiesen. Einklagbare Vorgaben, wie sie bereits bei Arbeitnehmern existieren, gibt es nicht.

Das hat zur Folge, dass sowohl dem Gesundheits- als auch dem Sozialsystem in großem Umfang Lasten entstehen. Für die Schüler und Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen sind daher verbindliche Vorgaben über die Arbeitsbedingungen zu erstellen. Diese sollen sich an den Arbeitsplatzrichtlinien für Arbeitnehmer im Büroumfeld orientieren, jedoch an die besonderen Bedürfnisse der Kinder angepasst werden. Das kann in Form einer Berufsgenossenschaft Lernen erfolgen, die dann sowohl Kontrollinstanz als auch Ansprechpartner im Konfliktfall ist.

Autoren AK Gesundheit, redigiert: [Lechimp](#), [Ergonaut](#), [Maxwell](#)

[Link zum Arguliner](#)

NRW:Landesparteitag 2010.2/ArbeitSoziales

Aus Piratenwiki

< [NRW:Landesparteitag 2010.2](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Dies sind die Vorschläge für den Themenbereich Arbeit & Soziales im Wahlprogramm der NRW-Piraten zur Landtagswahl 2010.

Um auf der LMV die vorgeschlagenen Wahlprogrammmodule möglichst schnell abstimmen zu können, sollen möglichst viele NRW-Piraten bereits im Vorfeld eine Meinung zu dem Modul in einer Doodle-Umfrage abgegeben. Dies ist keine endgültige Stimmabgabe, sondern dient nur dazu, die Abstimmungen auf der LMV sinnvoll strukturieren zu können

[Doodle-Umfrage](#)

Inhaltsverzeichnis

[[Verbergen](#)]

- [1 5.1 Zurück zur sozialen Marktwirtschaft \(Präambel I\)](#)
- [2 5.2 Zurück zur sozialen Marktwirtschaft \(Präambel II\)](#)
- [3 5.3 Zurück zur sozialen Marktwirtschaft \(Präambel III\)](#)
- [4 5.5 Zurück zur sozialen Marktwirtschaft \(Präambel IVb\)](#)
- [5 5.6 Zurück zur sozialen Marktwirtschaft \(Präambel IVb\)](#)
- [6 5.7 Überschrift](#)
- [7 5.8 Lehrmittelfreiheit für ALG II Empfänger](#)
- [8 5.9 Gerechte Bildungschancen in der Wissensgesellschaft \(a\)](#)
- [9 5.10 Gerechte Bildungschancen in der Wissensgesellschaft \(b\)](#)
- [10 5.11 Gerechte Bildungschancen in der Wissensgesellschaft \(c\)](#)
- [11 5.12 Gerechte Bildungschancen in der Wissensgesellschaft \(d\)](#)
- [12 5.13 Abschaffung von Zeitverträgen im Öffentlichen Dienst](#)
- [13 5.14 Aussetzung von 1-Euro Jobs auf Landesebene](#)
- [14 5.15 Qualifizierung von Arbeitslosen für Bildung und Ausbildung](#)
- [15 5.16 Patienten-Selbstbestimmung bei Krankenkassen-Rabattverträgen](#)
- [16 5.17 Stärkung der Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen mit Landesmitteln](#)
- [17 5.18 Einrichtung von Sozialschiedsstellen](#)
- [18 5.14 Personalvertretungsgesetz I - Die aktuelle Lage](#)
- [19 5.15 Personalvertretungsgesetz II - Rechte wieder herstellen](#)

5.1 Zurück zur sozialen Marktwirtschaft (Präambel I)

Die Bundesrepublik Deutschland wurde im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft gegründet. In unserem Grundgesetz ist festgelegt, das "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen." (Art. 14, Abs.2).

Soziale Marktwirtschaft ist ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Leitbild mit dem Ziel, wirtschaftliche Leistung und freie Initiative, die dem gemeinsamen sozialen Fortschritt dient, zu

fördern.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.2 Zurück zur sozialen Marktwirtschaft (Präambel II)

Hierbei wird jedoch zur Zeit der soziale Fortschritt durch die technischen Veränderungen eingeholt, was zu einer hohen Erwerbslosigkeit führt. Die NRW-Piraten haben erkannt, das dadurch immer größer werdende Personengruppen von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen werden. Einen Weg zurück in die klassische Produktionsgesellschaft wird es in diesem Land nach unserer Überzeugung nicht geben. Die Zukunft gehört der Wissens- und Kulturgesellschaft. Um die Teilhabe an dieser Gesellschaft zu gewährleisten, ist es nach Meinung der NRW-Piraten notwendig, eine allgemeine Grundsicherung einzuführen, die dem Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" gerecht wird.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.3 Zurück zur sozialen Marktwirtschaft (Präambel III)

Die grundlegenden Weichen dafür werden nicht auf Landesebene gestellt, die Umsetzung wird jedoch durch die Landesregierung geleitet und auf kommunaler Ebene realisiert. Es ist daher wichtig, sich realistische und auf Landesebene umsetzbare Ziele zu stecken. Daher fordern wir kurzfristige, in NRW umsetzbare Veränderungen, um den Druck auf die Betroffenen und damit ihre Unzufriedenheit zu mindern.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.5 Zurück zur sozialen Marktwirtschaft (Präambel IVb)

Durch die aktuelle Gesetzgebung, die durch den mittlerweile vorbestraften Industriemanager Peter Hartz initiiert und nach ihm benannt wurde, ist das Recht auf individuelle Hilfe in sozialen Notlagen praktisch abgeschafft worden. Stattdessen wird, begründet mit wirtschaftlichem Druck, eine staatlich subventionierter Zweig von Arbeit geschaffen, in den Hilfeempfänger durch Druck und Existenzängste hinein genötigt werden, ohne dafür entlohnt zu werden.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.6 Zurück zur sozialen Marktwirtschaft (Präambel IVb)

Durch die aktuelle Gesetzgebung (Hartz IV) ist das Recht auf individuelle Hilfe in sozialen Notlagen praktisch abgeschafft worden. Stattdessen wird, begründet mit wirtschaftlichem Druck, eine staatlich subventionierte Arbeit geschaffen, in die Hilfeempfänger durch Druck und Existenzängste hinein genötigt werden, ohne dafür entlohnt zu werden.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.7 Überschrift

Chancenungerechtigkeit bei Erwachsenen ist schon schwer zu ertragen, bei Kindern verletzt sie die Würde.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.8 Lehrmittelfreiheit für ALG II Empfänger

Seit Einführung des Arbeitslosengeld II werden die Leistungen, die bis dahin durch das SGB XII (Sozialhilfe) geregelt waren fast alle durch das SGB II (Harz IV) geregelt.

Nach §96 und §97 des NRW-Schulgesetzes sind bis heute ausschließlich Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe) nicht aber Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (Harz IV) von Zuzahlungen zu Lehrmitteln und Kosten für den Schulweg befreit.

Die NRW-Piraten empfinden dies als einen Zustand der sofortiger Korrektur bedarf und setzen sich dafür ein, dass auch Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (Harz IV) umgehend von allen Zuzahlungen zu Lehrmitteln und Kosten für den Schulweg befreit werden.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.9 Gerechte Bildungschancen in der Wissensgesellschaft (a)

Die NRW-Piraten halten es für selbstverständlich, dass allen Schülern Chancengleichheit in der Bildung und die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe garantiert werden muss. Deshalb ist es in unserer Wissensgesellschaft unabdingbar, dass allen Schülern die Möglichkeit gegeben wird einen Internetanschluß zu nutzen; weil allein die Erstellung von Hausaufgaben ohne Internetzugang heutzutage praktisch nicht mehr möglich ist.

Um dies sicher zu stellen, setzen wir uns dafür ein, dass alle Schüler die Möglichkeit bekommen, sich einen Computer bei der Schule auszuleihen und einen Internetanschluß zu erhalten.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.10 Gerechte Bildungschancen in der Wissensgesellschaft (b)

Die NRW-Piraten halten es für selbstverständlich, dass allen Schülern Chancengleichheit in der Bildung und die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe garantiert werden muss. Deshalb ist es in unserer Wissensgesellschaft unabdingbar, dass allen Schülern die Möglichkeit gegeben wird einen Internetanschluß zu nutzen; weil allein die Erstellung von Hausaufgaben ohne Internetzugang heutzutage praktisch nicht mehr möglich ist.

Um dies sicher zu stellen, setzen wir uns dafür ein, dass an allen Schulen Räume mit ausreichenden Internetzugängen eingerichtet werden, Diese Räume müssen den Schülern jeden Tag ganztägig zugänglich sein.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass alle Schüler die Möglichkeit bekommen, sich einen Computer bei der Schule auszuleihen.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.11 Gerechte Bildungschancen in der Wissensgesellschaft (c)

Die NRW-Piraten halten es für selbstverständlich, dass allen Schülern Chancengleichheit in der Bildung und die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe garantiert werden muss. Deshalb ist es in unserer Wissensgesellschaft unabdingbar, dass allen Schülern die Möglichkeit gegeben wird einen Internetanschluß zu nutzen; weil allein die Erstellung von Hausaufgaben ohne Internetzugang heutzutage praktisch nicht mehr möglich ist.

Um dies sicher zu stellen, setzen wir uns dafür ein, dass an allen Schulen Räume mit ausreichenden Computern und Internetzugängen eingerichtet werden. Diese Räume müssen den Schülern jeden Tag ganztägig zugänglich sein.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.12 Gerechte Bildungschancen in der Wissensgesellschaft (d)

Die NRW-Piraten halten es für selbstverständlich, dass allen Schülern Chancengleichheit in der Bildung und die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe garantiert werden muss. Hierfür ist es in unserer Wissensgesellschaft unabdingbar, dass allen Schülern die Möglichkeit gegeben wird einen Internetanschluß zu nutzen; weil allein die Erstellung von Hausaufgaben ohne Internetzugang heutzutage praktisch nicht mehr möglich ist.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.13 Abschaffung von Zeitverträgen im Öffentlichen Dienst

In den Arbeitsagenturen und ARGEen sowie in weiteren Bereichen der öffentlichen Hand werden ehemalige Arbeitslose als Mitarbeiter mit Zeitverträgen eingesetzt. Die in der freien Wirtschaft gängige Argumentation, Zeitverträge seien Voraussetzung um flexibel auf die Wirtschaftslage reagieren zu können, kann für Kommunen, Land und Staat nicht gelten. Für den Staat sollte es möglich sein, eine mittel- bis langfristige Personalplanung zu realisieren, die den neu eingestellten Mitarbeitern eine Perspektive ohne Zeitverträge ermöglicht. Unser Ziel in NRW ist daher die Abschaffung von Zeitverträgen im öffentlichen Dienst bzw. ihre sofortige Umwandlung in unbefristete Arbeitsverträge .

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.14 Aussetzung von 1-Euro Jobs auf Landesebene

Wir setzen uns dafür ein, die Vermittlung in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Jobs) auf Landesebene auszusetzen und stattdessen die Einführung von wirklich qualifizierenden Maßnahmen zu fördern, die zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt führen. Eine Arbeit, die zusätzlich zur normal durchgeführten Arbeit sein muss, wie es das Gesetz für "1-Euro-Jobs" vorschreibt, wird in keinem Fall in eine Arbeitstelle des ersten Arbeitsmarktes münden. Dies würde voraussetzen, dass die zusätzliche Arbeit die Notwendigkeit einer Betriebserweiterung bedingt hätte.

Einem Antrag auf Förderung einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung muss nicht entsprochen werden. Es liegt im Ermessen des Sachbearbeiters eine diesbezügliche Eingliederungsvereinbarung anzubieten, sie zu verlangen oder auch nicht. Damit ist der Hilfebedürftige allein der Willkür eines einzelnen Mitarbeiters ausgesetzt. Diese Praxis widerspricht dem allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz.

Bei den Eingliederungsvereinbarungen werden die Grundlagen des Vertragsrechts sowohl nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VvVfG) als auch nach dem BGB eindeutig nicht eingehalten. Der Hilfebedürftige hat weder auf die Dauer der Maßnahme, noch auf die Höhe der Mehraufwandsentschädigung oder auf weitere Daten der Eingliederungsvereinbarung den für Verträge vorgeschriebenen Einfluss. Da es zudem bei der Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung zu keinem höheren Einkommen kommt, wird hierbei erwartet, dass eine Arbeit ohne die nötige Steigerung des Selbstwertgefühls und des Lebensstandards durchgeführt wird. Abgesehen davon, dass eine solche Arbeit, wie bereits im Volksmund zu hören ist, eher als Strafarbeit und Sanktionsmaßnahme verstanden werden kann, wird der Sinn von Arbeit im Allgemeinen auch mit einem negativen Stigma belegt. Arbeit wird damit nicht mehr zu einem erstrebenswerten Ziel.

Die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung widersprechen damit in sich ihrem eigentlichen, vom Gesetz vorgesehenen Zweck und sind zugunsten wirklicher Förderungsmaßnahmen umgehend einzustellen.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.15 Qualifizierung von Arbeitslosen für Bildung und Ausbildung

Arbeitslose mit abgeschlossener Ausbildung und entsprechender Berufserfahrung müssen nach Auffassung der Piratenpartei durch geeignete Maßnahmen für den Einsatz in Bildung und Ausbildung qualifiziert werden, sofern sie es wünschen und persönlich dazu geeignet sind. In der heute praktizierten Behandlung der Menschen durch Arbeitsagentur und ARGE n wird ihre hohe Fachkompetenz nicht mehr berücksichtigt, sobald sie ihren Arbeitsplatz verloren haben. Fachkompetenz sowie Lebens- und Berufserfahrung dieser Menschen könnten jedoch durch Förderung der Ausbildereignung gezielt in Bildung und Ausbildung eingesetzt werden.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.16 Patienten-Selbstbestimmung bei Krankenkassen-Rabattverträgen

Da Patienten seit Einführung der Rabattverträge mit Problemen, wie Nebenwirkungen zu kämpfen haben und ihnen die Wahlfreiheit bei der Medikamentenwahl genommen wird, möchte die Piratenpartei statt der Rabattverträge zwischen einzelnen Firmen und Krankenkassen beim Verkauf von Medikamenten einen an die jeweiligen Produktionskosten angepassten Maximalpreises einführen, um dem Patienten eine Wahlmöglichkeit seiner Medikamentierung zu ermöglichen.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.17 Stärkung der Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen mit Landesmitteln

Der Bürokratie-Apparat der Arbeitsagenturen im Land erfordert von den Hilfebedürftigen einen wahren Formular-Wald zu bewältigen. Es werden haufenweise Nachweise verlangt und der Hilfesuchende muss dies alles allein und in kürzester Zeit verstehen und erbringen. Oftmals wird ihm eine Eingliederungsvereinbarung nach §15 SGB 2 vorgelegt, die dieser ohne die Möglichkeit einer fachlichen Prüfung unterschreiben soll. Somit befindet sich der Hilfsbedürftige nicht in einer angemessenen, den Grundsätzen des Vertragsrechtes entsprechenden gleichberechtigten Verhandlungsposition. Nach Auffassung der Piratenpartei ist schnellstmöglich ein Finanztopf einzurichten (ähnlich der Unterstützung von Verbraucherschutzorganisationen) um die lokalen Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen für Beratungsgespräche zu stärken. Als Voraussetzung für die Förderung muss Hilfeempfängern die Möglichkeit gegeben sein, etwaige Verträge vor Unterschrift dort prüfen zu lassen.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.18 Einrichtung von Sozialschiedsstellen

Durch die Möglichkeit des Abschließens von Eingliederungsvereinbarungen nach §15 SGB 2 und der Absenkung oder gar dem Wegfall der Grundsicherung nach §31 SGB 2 sowie den unverhältnismäßigen Wegfall von Krankenversicherungen für unverheiratete Paare, welche unserer Meinung nach in der Art und Weise ihrer Durchführung nicht grundgesetzkonform ist, haben die Sozialgerichte derzeit einen enormen Engpass, der betroffene Hilfsbedürftige teilweise in ernsthafte Notsituationen bringt. Zusätzlich wird Hilfsbedürftigen, die einen Gutschein für Rechtsberatung bei der ARGE beantragen, dieser teilweise verweigert und dem Betroffenen damit jede Chance

genommen, sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren, oder die Verfahren ziehen sich über unangemessen lange Zeiträume hin, in denen der Hilfsbedürftige in seiner Notsituation allein gelassen wird. Für zügige Bearbeitung von Einsprüchen und zur Entlastung der Sozialgerichte sind daher nach unserer Zielsetzung unabhängige Schiedsstellen vom Land einzurichten, die verbindliche Schiedssprüche für beide Vertragspartner erwirken können, ohne den normalen Gerichtsweg zu beeinflussen.

Autoren: AK Arbeit & Soziales

5.14 Personalvertretungsgesetz I - Die aktuelle Lage

Im Herbst 2007 wurde das Personalvertretungsgesetz für NRW geändert, es wurden elementare Schutzrechte für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst des Landes aufgehoben. Weitreichende Einschnitte in die Mitbestimmung wurden durchgeführt, insbesondere auch bei personellen Maßnahmen wie Versetzungen und Kündigungen. Damit wurden die Arbeitsbedingungen der Personalräte drastisch verschlechtert, sie wurden entmündigt, um den geplanten Stellenabbau zu beschleunigen. Beschäftigte können ohne den Schutz der Personalräte im geplanten Personaleinsatzmanagement - PEM - hin- und hergeschoben werden. Generell wurden Mitbestimmungs- und Informationsrechte drastisch beschnitten, teilweise abgeschafft. Das muss auch als Versuchsballon für geplante Eingriffe auf Bundesebene in die Mitbestimmung in der Wirtschaft allgemein, das Betriebsverfassungsgesetz, gesehen werden.

Autoren: Danebod

5.15 Personalvertretungsgesetz II - Rechte wieder herstellen

Die PIRATEN NRW treten für Informationsfreiheit, Transparenz und demokratische Mitbestimmungsrechte auch im Öffentlichen Dienst des Landes ein. Wir wollen den alten Status Quo wieder herstellen.

Autoren: Danebod

NRW:Landesparteitag 2010.2/Drogenpolitik

Aus Piratenwiki

< [NRW:Landesparteitag 2010.2](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Dies sind die Vorschläge für den Themenbereich Drogenpolitik im Wahlprogramm der NRW-Piraten zur Landtagswahl 2010.

Um auf der LMV die vorgeschlagenen Wahlprogrammmodule möglichst schnell abstimmen zu können, sollen möglichst viele NRW-Piraten bereits im Vorfeld eine Meinung zu dem Modul in einer Doodle-Umfrage abgegeben. Dies ist keine endgültige Stimmabgabe, sondern dient nur dazu, die Abstimmungen auf der LMV sinnvoll strukturieren zu können.

[Doodle Umfrage](#)

Inhaltsverzeichnis

[[Verbergen](#)]

- [1 7.1 Präambel \(Variante A\) - Grundlegende Absicht piratiger NRW-Drogenpolitik](#)
- [2 7.2 Präambel \(Variante B\) - Prohibition und dessen Scheitern](#)
- [3 7.3 Gewährleistung des Datenschutzes in der Drogenpolitik](#)
- [4 7.4 Präventionsunterricht an Schulen](#)
- [5 7.5 Freigabe von Cannabis zu medizinischen Zwecken](#)
- [6 7.6 Stärkung der Aufklärung von Patienten und Ärzten zu Medikamentenmissbrauch und -sucht](#)
- [7 7.7 Kennzeichnungspflicht von Medikamenten mit Sucht - bzw. Abhängigkeitspotential](#)
- [8 7.8 Missbrauch von AD\(H\)S-Medikamenten](#)

7.1 Präambel (Variante A) - Grundlegende Absicht piratiger NRW-Drogenpolitik

Die fast ausschließlich auf Prohibition basierende internationale, nationale und landesweite Drogenpolitik ist in all ihren Absichten gescheitert. Das erklärte Ziel einer drogenfreien Gesellschaft kann erwiesenermaßen nicht erreicht werden. Trotz stetig weiter verschärfter Verfolgung steigen die Konsumentenzahlen ebenso stetig an, während diese Vorgehensweise gleichzeitig viele Probleme und hohe Kosten produziert. Dies belegen sogar Studien, Zahlen und Fakten aus Regierungskreisen und unseren Behörden. Polizei, Staatsanwaltschaften und die Gerichte ersticken in der politisch aufgezwungenen Verfolgung selbst von Gelegenheitskonsumenten, die ansonsten völlig gesetzestreu und voll integrierte Bürger sind. Gleichzeitig werden jedoch die enormen gesellschaftlichen, volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden durch ganz legale Drogen, sowie auch eine immer weiter verbreitete alltägliche Einnahme von Pharmaprodukten 'für und gegen alles' nur sehr bedingt als Problem gesehen.

Wir, die Piraten des Landesverbands NRW, wollen endlich den nötigen Denkwechsel, eine Ent-Tabuisierung, das Durchbrechen alter Lobbystrukturen und das Ablegen versteinertes Dogmen. So soll ein sinnvolles, sachliches Herangehen an diese Thematiken ermöglicht werden.

Unsere Themen berühren an manchen Stellen auch Bundesrecht, jedoch wollen wir mittels Pilotprojekten und Versuchen auf Landesebene NRW zum Vorreiter für diese neue, sachorientierte Herangehensweise machen.

Autor [AK Drogenpolitik](#)

7.2 Präambel (Variante B) - Prohibition und dessen Scheitern

1961 beschlossen die Vereinten Nationen das Einheitsabkommen über die Betäubungsmittel mit dem Ziel einer drogenfreien Gesellschaft. Dem Abkommen zugrunde liegt die als „Erkenntnis“ bezeichnete Auffassung, „dass die Betäubungsmittelsucht für den Einzelnen ein Übel und für die Menschheit eine wirtschaftliche und soziale Gefahr darstellt“. Das Abkommen ist strikt auf Prohibition ausgelegt. Nicht nur das die Prohibition ihr Ziel verfehlt hat - der Drogenkonsum in Deutschland steigt seit Einführung dieser Maßnahmen - sie hat auch ganz neue Problemfelder geschaffen. So bietet z.B. der Handel mit Cannabis jedermann einen einfachen Einstieg in die organisierte Kriminalität. Auch strecken viele Dealer ihren Stoff, was zu erheblichen gesundheitlichen Schäden bishin zum Tode des Konsumenten führen kann.

Setzt man sich mit der Entstehung der Drogenpolitik und -prohibition auseinander, so wird schnell deutlich, dass hier vornehmlich wirtschaftliche Interessen im Vordergrund standen. Daher fordern wir, dass die Prohibition hinterfragt wird und alternative Konzepte für den Umgang mit Drogen, bei denen das Wohl des Menschen im Vordergrund steht, geschaffen werden. Drogenpolitik muss von Fachleuten (z.B. Medizinern, Sozialarbeitern, etc...) bestimmt werden und darf nicht dem organisierten Verbrechen, der Pharmalobby und den Strafverfolgungsbehörden überlassen werden. Mittels Pilotprojekten und Versuchen auf Landesebene soll NRW zum Vorreiter werden für eine neue, sachorientierte Herangehensweise werden.

Autor [AK Drogenpolitik](#)

7.3 Gewährleistung des Datenschutzes in der Drogenpolitik

Die informationelle Selbstbestimmung ist auch im Bereich der Drogenpolitik zu gewährleisten. - Besonders große Firmen und Konzerne führen immer häufiger Einstellungstests mit einer medizinischen Kontrolle auf Drogenkonsum ein. Diese Tests werden den Bewerbern - die sich hierzu schriftlich einverstanden erklären müssen - indirekt aufgezwungen, weil sie bei Verweigerung keine Chance auf die Arbeitsstelle bekommen. Interessanterweise wird in diesen Tests Alkoholmissbrauch nicht abgefragt, obwohl dieser nachweislich die weitaus größeren Probleme im Arbeitsleben produziert.

Wir, die Piraten in NRW, wenden uns strikt gegen die Praxis vieler Firmen, Drogentests zum Standard bei Einstellungsverfahren zu machen. Diese Grauzone gilt es gesetzlich zu regeln, und den Firmen diese immer weiter verbreitete Vorgehensweise zu verbieten. Hierbei soll NRW ein Vorreiter sein und damit auch bundesweit ermöglichen, das Bestreben der großen Firmen zu stoppen, ihre Mitarbeiter völlig zu durchleuchten.

- Amtsmitarbeitern mit Bürgerkontakt ist es - auch ohne jede fachliche Qualifikation - erlaubt, reine Vermutungen über einen möglichen Drogenkonsum in persönliche Akten einzutragen. Derartige Einträge werden in der Folge nicht mehr hinterfragt und können so zu enormen, ungerechtfertigten Hürden für die Betroffenen werden.

Die Praxis ungeschulter Mitarbeiter in Behörden, reine Vermutungen bezüglich eines 'Drogenkonsums' in persönliche Akten einzutragen und diese weiterzugeben, ist zu unterbinden.

- Im Rahmen von Ermittlungen des LKA kommt es immer wieder dazu, dass Leute unschuldig des Konsums/Besitzes/Verkaufs von illegalen Drogen verdächtigt werden. Eine erkennungsdienstliche Behandlung findet hierbei oft in rechtlich fragwürdigem Rahmen statt. Die so festgestellten sehr persönlichen Daten müssen nach ergebnislos gebliebenen Ermittlungen umgehend wieder gelöscht werden. Dies wird heute leider nicht so praktiziert. Betroffene sind gezwungen mittels selbst bezahltem rechtlichen Beistand eine solche Löschung durchzusetzen.

Die Piraten pochen auf Löschung personenbezogener Daten, wenn sich ein Verdacht nicht bestätigt. Eine weitere Verwendung der Daten, sowie die Weitergabe hat auf jeden Fall zu unterbleiben.

- In staatlichen Hilfsprogrammen, z.B. bei der Methadon-Substitution, müssen teilnehmende Personen zur Erlangung der Krankenkassenleistung ihren behandelnden Arzt von jeder Schweigepflicht entbinden.

Diese beispiellose und entwürdigende Vorgehensweise ist aufzuheben. Drogenkranke Menschen sind - wie alle anderen Bürger auch - als normale Patienten zu behandeln.

Autor [AK Drogenpolitik](#)

7.4 Präventionsunterricht an Schulen

Die Maßnahmen im Bereich der Drogenprävention an Schulen sind unzulänglich, und auch der Wissensstand des lehrenden Personals erweist sich oft als sehr gering. Einzelne Pilotprojekte haben jedoch gezeigt, wie wichtig und nachhaltig eine gute Prävention bereits im Grundschulalter ist. Jedweder Erstgebrauch, ob bei legalen oder illegalen Substanzen, nahm in den teilnehmenden Gruppen gegenüber den Vergleichsgruppen sehr deutlich ab. Die hier erzielten Erkenntnisse und Erfolge tragen die Kinder wie selbstverständlich auch in die weiterführenden Schulen und ihren Freudeskreis. So wird für eine Multiplikation gesorgt, die Unterricht alleine kaum leisten kann.

Die NRW-Piraten regen an, auf der Basis solcher Beispiele mit Vorbildcharakter ein landesweit flächendeckendes Informations- und Aufklärungskonzept zu entwickeln. Hierbei soll besonderes Augenmerk auf einheitliches und sachliches Lehrmaterial sowie eine vorbereitende Schulung des Lehrpersonals gelegt werden, um Bildungseinrichtungen einen kompetenten Unterricht zu ermöglichen. Auch externe Fachreferenten sollen Teil dieses Konzepts werden, um besonders in der Sekundarstufe das Wissen bei Lehrern und Schülern zu vertiefen. Grundgedanke und Ziel ist es Vorurteile gegen Wissen auszutauschen.

Autor [AK Drogenpolitik](#)

7.5 Freigabe von Cannabis zu medizinischen Zwecken

Die Cannabispflanze enthält eine Reihe von Wirkstoffen, die ein hohes Potential zur medizinischen Nutzung haben. Von diesen Stoffen - sogenannten Cannabinoiden - gibt es circa 60 verschiedene, die alle ein unterschiedliches Wirkungsprofil aufweisen. Diese Substanzen bieten Linderung und Heilung bei vielen schwerwiegenden Leiden und gerade auch bei Krankheiten wie z.B. Krebs, HIV, Tourette, Epilepsie, Schmerztherapie, Rheuma, Arthritis oder Multiple Sklerose, für die die klassische Schulmedizin keine abschließenden Behandlungsmöglichkeiten kennt. Während international hier ein mehr als deutlicher Trend in diese Richtung zu verzeichnen ist - immer mehr Länder gehen diesen Weg - wird in Deutschland nach wie vor jede sachorientierte Herangehensweise verweigert.

Die NRW-Piraten fordern hier ein weitgehendes Umdenken und eine umgehende Verschiebung von medizinischem Cannabis von BtMG-Anlage I ('nicht verkehrsfähige

Stoffe') in Anlage III ('verschreibungsfähige Stoffe'). Patienten, die auf die medizinische Nutzung von Cannabis angewiesen sind, soll der Zugang wie zu jeder anderen Arznei aus diesem Bereich ermöglicht werden. Außerdem werden so die Hürden, die eine zukunftsweisende Forschung in diesem Bereich verhindern, aus dem Weg geräumt.

Autor [AK Drogenpolitik](#)

7.6 Stärkung der Aufklärung von Patienten und Ärzten zu Medikamentenmissbrauch und -sucht

Der bisherige Fokus der Aufmerksamkeit der Drogen- und Suchtpolitik liegt in erster Linie im Bereich der illegalen Drogen. Zahlreiche verschreibungspflichtige Medikamente verfügen jedoch über ein ernstzunehmendes Missbrauchs- und Suchtpotential. Nach aktuellen Studien sind in Deutschland 2 Mio. Menschen dauerhaft von einer Medikamentensucht betroffen. Ein wichtiger Schritt zur Verringerung der Suchtproblematik ist daher die vermehrte Aufklärung der Patienten und im Besonderen auch der verschreibenden Ärzte. Wichtig hierbei ist die frühe Erkennung von gefährdeten und bereits abhängigen Patienten. Es ist heute gängige Praxis, Sedativa und ähnliche Medikamente mit hohem Suchtpotential auch für Kassenpatienten auf Privatrezepten zu verschreiben. Das macht eine Erfassung der Zahlen und Umsätze in diesem Bereich unmöglich und führte zu einem Graubereich mit tragischen Folgen. Sehr stark gefördert und dahingehend gesteuert wird diese Praxis besonders aus den Reihen der Pharmaindustrie, die hierbei im Zusammenspiel mit Ärzten ihre kommerziellen Interessen vertritt.

Die Krankenkassen spielen seit je her eine zentrale Rolle im Bereich des Monitorings in unserem Gesundheitssystem. Die NRW-Piraten regen daher an, eine anonymisierte Erfassung von Privatrezepten durch die Krankenkassen einzuführen, die sich ausschließlich nach einem festen Katalog suchtgefährlicher Medikamente richtet. So werden aussagekräftige Zahlen über die Umsätze bei solchen Medikamenten erst ermöglicht. Zudem kann so die durch das sogenannte 'Ärztelisting' verschleierte Mehrfachverschreibung an viele abhängige Patienten aufgedeckt werden.

Die so gewonnenen - zunächst nicht personenbezogenen - Daten (Medikament, Datum, Menge - relativ zu einer anonymen Arzt/Patienten-Kennzahl) sollen vor einer jährlichen Löschung in regelmäßigen Abständen durch ein Gremium aus Ärzten, Psychologen, Krankenkassenvertretern mit Hinsicht auf problematische Häufungen untersucht werden. Erst wenn hier entschieden wird, ob und wo dieses Gremium Handlungsbedarf sieht, werden dazu die entsprechenden Daten der verschreibenden Ärzte und der betroffenen Patienten herangezogen. Daraufhin soll eine direkte Klärung durch verschreibende Ärzte erfolgen. Ist dies nicht möglich oder wird verweigert, soll eine Beratung und in besonderen Fällen auch eine aufklärende Ermahnung folgen.

Ziel dieser gesamten Vorgehensweise ist ausschließlich das Schaffen von Problembewusstsein und eine deutliche Verringerung der Zahl der Medikamentenabhängigen. Keineswegs soll hier eine Verurteilung oder eine dauerhafte Datensammlung stattfinden, denn nur wenn hier Einsicht erzeugt werden kann ist dieser immer stärker werdenden Problematik beizukommen.

Dieses Konzept soll auf Landesebene vorbereitet und getestet werden, und so Vorbildfunktion für die Bundespolitik zu haben.

Über diese konkreten Maßnahmen hinaus soll das Land NRW mit einer allgemeinen Aufklärungskampagne Vorreiter werden, um auch auf diesem Wege Problembewusstsein zu schaffen und Aufklärung zu betreiben. Zudem sollen begleitend umfangreiche Hilfs- und Präventionsprogramme initiiert, bzw. ausgeweitet werden, um bereits betroffenen oder gefährdeten Menschen Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, den Suchtkreislauf zu

durchbrechen.

Autor [AK Drogenpolitik](#)

7.7 Kennzeichnungspflicht von Medikamenten mit Sucht - bzw. Abhängigkeitspotential

Um auf die potentielle Suchtgefahr bei bestimmten Medikamenten aufmerksam zu machen, müssen die Pharmahersteller in die Pflicht genommen werden. Wie schon bei Zigaretten üblich, sollten vereinheitlichte Warnhinweise auf die Medikamentenverpackungen aufgedruckt werden. Aus diesen muss hervorgehen, daß es sich bei dem Medikament um eine Arznei handelt, die ein potentielles Suchtrisiko beinhaltet. Diese Warnhinweise sollen Patienten sensibilisieren und schon im Vorfeld auf die Gefahr einer Sucht hinweisen. Der Grund: Die oft sehr versteckt in der Packungsbeilage beschriebenen Hinweise werden allzu leicht nicht wahrgenommen. Darüber hinaus könnte vom Apotheker bei der Ausgabe des Medikamentes ein Informationsblatt zum Thema "Suchtgefahren bei Medikamenten" angeboten werden, das mit weiteren Informationen ein Angebot zum Umgang mit Suchtgefahren darstellen soll und Hilfe beim Auffinden von geeigneten Stellen für Hilfesuchende bietet.

Autor [AK Drogenpolitik](#)

7.8 Missbrauch von AD(H)S-Medikamenten

Im Bereich der Medikamente auf Methylphenidat-Basis häufen sich die Berichte über steigenden Missbrauch. Dies betrifft Schulen, Universitäten, aber auch Berufszweige, die hohe Ansprüche an die Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit stellen. Diese eigentlich zur Behandlung von AD(H)S gedachten Mittel werden als Leistungssteigerungsdroge missbraucht und es entwickeln sich/existieren hier bereits Schwarzmärkte. Methylphenidat ist der Partydroge 'Speed' (Methylphenethylamin) chemisch sehr verwandt und weist bei entsprechend hoher Dosierung auch vergleichbare Wirkungen auf. Neben dem vom Nutzer gewünschten Konzentrations und Fokussierungseffekt kann es hier schnell zu Wesensveränderungen, Stimmungsschwankungen, Aggressivität bis hin zu depressiven Episoden kommen. Besonders heikel ist jedoch, das viele Nutzer die Tabletten zerstoßen und dann schnupfen. Dabei erweisen sich die Trägerstoffe in den Tabletten - beispielsweise Talkum - als akut hochgefährlich. So aufgenommen können diese Füllsubstanzen schnell zu Gefäßverstopfungen in Lunge und Hirn führen und Embolien und Schlaganfälle auslösen.

Diese Entwicklung - in den USA schon weit verbreitet - gilt es zu stoppen, denn neben der enormen gesundheitlichen Gefährdung der Nutzer ergibt sich hier auch eine starke Wettbewerbsverzerrung. Diese Reaktion von Schülern und Studierenden auf den stark gestiegenen Leistungsdruck birgt die Gefahr, Lernerfolge auch auf diesem Wege manipulierbar und abhängig vom finanziellen Hintergrund werden zu lassen. Zudem ist hier der Faktor Gruppenzwang nicht zu unterschätzen.

Die Piraten des Landesverbandes NRW wollen, dass das Land NRW eine Aufklärungskampagne in Leben ruft, die wiederum Vorbildcharakter haben soll für die Bundespolitik. Darüber hinaus sollen die Quellen derartiger Mengen eines verschreibungspflichtigen - und bei Mißbrauch auch gesundheitgefährdenden - Medikaments auf dem Schwarzmarkt aufgedeckt werden. Eine denkbare Quelle hier sind die um mehrere hundert Prozent gestiegenen Verschreibungen von AD(H)S-Medikamenten in den vergangenen Jahren, wo leider häufig keine ausführliche ärztliche Diagnose mehr zugrunde gelegt wird.

Autor [AK Drogenpolitik](#)

NRW:Landesparteitag 2010.2/Bürgerbeteiligung2

Aus Piratenwiki

< [NRW:Landesparteitag 2010.2](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Dies sind die Vorschläge für den Themenbereich Bürgerbeteiligung (Überarbeitung) im Wahlprogramm der NRW-Piraten zur Landtagswahl 2010.

Um auf der LMV die vorgeschlagenen Wahlprogrammmodule möglichst schnell abstimmen zu können, sollen möglichst viele NRW-Piraten bereits im Vorfeld eine Meinung zu dem Modul in einer Doodle-Umfrage abgeben. Dies ist keine endgültige Stimmabgabe, sondern dient nur dazu, die Abstimmungen auf der LMV sinnvoll strukturieren zu können.

[Doodle Umfrage](#)

Überschrift: Bürgerbeteiligung & Direkte Demokratie

Struktur (Angabe der Modulnr.):

Einleitung: 11.1-11.5, 11.49, 11.48

Unterkapitel "Wahlrecht": Unterkapitel 11.6-11.11, 11.41, 11.50, 11.47

Unterkapitel "Bürgerentscheid": Einleitung 11.12, Aufzählungspunkte 11.13-11.19

Unterkapitel "Volksentscheid": Einleitung 11.20, Aufzählungspunkte 11.21-11.27, 11.38-11.40

Unterkapitel "E-Government": Absätze 11.28-11.37

Aufzählungspunkte und Absätze haben keine Überschriften.

Konflikte:

- 11.41, 11.50 und 11.6
- 11.21, 11.38-11.40

Inhaltsverzeichnis

[Verbergen]

- [1 11.1: \[Einleitung\]](#)
- [2 11.2: \[Einleitung\]](#)
- [3 11.3: \[Einleitung\]](#)
- [4 11.49: \[Einleitung\]](#)
- [5 11.48: \[Einleitung\]](#)
- [6 11.4: \[Einleitung\]](#)
- [7 11.5: \[Einleitung\]](#)
- [8 11.41: Wahlrecht - Gegen Sperrklausel](#)
- [9 11.50: Wahlrecht - Gegen Sperrklausel](#)
- [10 11.6: Wahlrecht - Kommunalwahl: Gegen Sperrklausel](#)
- [11 11.7: Wahlrecht - Bürgermeister per Zustimmungswahl](#)
- [12 11.8: Wahlrecht - Bürgermeisterabwahl per Bürgerbegehren](#)
- [13 11.9: Wahlrecht - Kumulieren und Panaschieren](#)
- [14 11.10: Wahlrecht - Wahlalter](#)
- [15 11.11: Wahlrecht - Ausländerwahlrecht](#)
- [16 11.47: Wahlrecht - Senkung der Legislaturperiode auf 4 Jahre](#)
- [17 11.12: Bürgerentscheid - \[Einleitung\]](#)
- [18 11.13: Bürgerentscheid - Themenausschlüsse streichen](#)
- [19 11.14: Bürgerentscheid - Kostendeckungsvorschlag streichen](#)
- [20 11.15: Bürgerentscheid - Sammlungsfristen streichen](#)
- [21 11.16: Bürgerentscheid - Beteiligungsquorum](#)
- [22 11.17: Bürgerentscheid - Faire Abstimmungsregeln](#)
- [23 11.18: Bürgerentscheid - Obligatorische Referenden](#)
- [24 11.19: Bürgerentscheid - Ombudsperson](#)
- [25 11.20: Volksentscheid - \[Einleitung\]](#)
- [26 11.21: Volksentscheid - Volksinitiative](#)
- [27 11.38: Volksentscheid - Volksinitiative \(16+Ausländer\)](#)
- [28 11.39: Volksentscheid - Volksinitiative \(16\)](#)
- [29 11.40: Volksentscheid - Volksinitiative \(Ausländer\)](#)
- [30 11.22: Volksentscheid - Finanzwirksame Volksbegehren](#)
- [31 11.23: Volksentscheid - Faire Unterschriftenhürde](#)
- [32 11.24: Volksentscheid - freie Unterschriftensammlung](#)
- [33 11.25: Volksentscheid - faire Sammelfristen](#)
- [34 11.26: Volksentscheid - Gegen Abstimmungshürde](#)
- [35 11.27: Volksentscheid - Verfassungsänderungen](#)
- [36 11.28: E-Government -Sinnvolle Systeme](#)
- [37 11.29: E-Government - OpenSource](#)
- [38 11.30: E-Government - Digitaler Behördengang](#)
- [39 11.31: E-Government - E-Democracy-Systeme](#)
- [40 11.32: E-Government - Informationsfreiheit](#)
- [41 11.33: E-Government - Aufklärung](#)
- [42 11.34: E-Government - Online-Petitionen](#)
- [43 11.35: E-Government - Einflussnahme auf politische Entscheidungen](#)
- [44 11.36: E-Government - Evaluation von Diskussions-Plattformen](#)
- [45 11.37: E-Government - Gegen Wahlmaschinen bei geheimer Wahl](#)

111: [Einleitung]

Jeder Bürger, jede Bürgerin hat ein Recht, sich in die Politik einzubringen. Die NRW-Piraten stehen für eine Politik, bei der jeder mitmachen kann.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

112: [Einleitung]

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, das Landes- und Kommunalwahlrecht zu modernisieren, damit die einzelne Bürgermeinung und -stimme wieder mehr Gewicht bekommt.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

113: [Einleitung]

Die NRW-Piraten streben an, dass im repräsentativen demokratischen System NRW direktdemokratische Elemente wie Bürger- oder Volksentscheide vereinfacht und optimiert werden. Die Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, über den Legislaturperiodenrhythmus hinaus jederzeit über politische Fragen abstimmen zu können. Wir stehen dafür ein, dass der Artikel 20 des Grundgesetzes konsequent umgesetzt wird, in dem die Staatsgewalt "vom Volke in Wahlen und Abstimmungen" ausgeht.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

1149: [Einleitung]

Wir setzen uns verstärkt für Gesetzinitiativen aus der Bürgerschaft ein. Die Bürger sollen Gesetzesbeziehungweise Beschlussvorlagen, die von ihnen selbst ausgearbeitet worden ist, auf Landesbeziehungweise kommunaler Ebene zur Abstimmung bringen können.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

1148: [Einleitung]

Der Einwohnerantrag nach der Gemeindeordnung nach §25 dient dazu, dass der Rat über eine bestimmte Angelegenheit berät und entscheidet. Die NRW-Piraten sind dafür, dass die

Unterschriftenhürde auf ein vernünftiges Maß gesenkt wird, um wirksame politische Partizipation zu ermöglichen.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

1114: [Einleitung]

Das Ausmaß der Beteiligungsrechte darf zu keiner Zeit von der jeweils aktuellen finanziellen Haushaltslage abhängig sein. Gesellschaftliche Teilhabe und Verantwortung sind zu jeder Zeit ein Grundrecht aller Bürger. Deswegen muss eine stabile Finanzierung der Kommunen garantiert werden.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

1115: [Einleitung]

Das kommunale Ehrenamt stellt hohe Ansprüche, inhaltlich wie zeitlich. Um Kommunalpolitikern ein Engagement neben Beruf und Privatleben zu ermöglichen, setzen sich die NRW-Piraten ein für die Erweiterung von Fortbildungsmöglichkeiten und flexiblen Arbeitszeitregelungen.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.41: Wahlrecht - Gegen Sperrklausel

Die NRW-Piraten sind gegen eine explizite Sperrklausel im Wahlrecht. Jegliche Art von Wahlhürde richtet sich gegen den Demokratie-Gedanken. Wir befürworten aktiv eine Pluralität von Parteien, Wählergruppen und Einzelpersonen in den gewählten Gremien. Auch für kleine Parteien und Gruppen dürfen keine erheblichen Zugangshürden für den Einzug in die Vertretungen geschaffen werden. Die Wahlgesetze dürfen keine einzige Wählerstimme abwerten. Die NRW-Piraten stehen gegen die (Wieder-) Einführung einer expliziten Sperrklausel im Kommunalwahlrecht. Zudem treten die NRW-Piraten für eine Abschaffung der Sperrklausel bei Landtagswahlen ein.

Autoren

[Pascal](#), [DanielSan](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.50: Wahlrecht - Gegen Sperrklausel

Die NRW-Piraten stehen gegen die (Wieder-) Einführung einer expliziten Sperrklausel im Kommunalwahlrecht. Jegliche Art von Wahlhürde richtet sich gegen den Demokratie-Gedanken.

Wir befürworten aktiv eine Pluralität von Parteien, Wählergruppen und Einzelpersonen in den gewählten Gremien. Auch für kleine Parteien und Gruppen dürfen keine erheblichen Zugangshürden für den Einzug in die kommunalen Vertretungen geschaffen werden. Das Kommunalwahlgesetz darf keine einzige Wählerstimme abwerten. Die NRW-Piraten treten zudem für eine deutliche Senkung der Sperrklausel bei Landtagswahlen ein.

Autoren

[Pascal, DanielSan](#)

11.6: Wahlrecht - Kommunalwahl: Gegen Sperrklausel

Die NRW-Piraten stehen gegen die (Wieder-) Einführung einer expliziten Sperrklausel im Kommunalwahlrecht. Jegliche Art von Wahlhürde richtet sich gegen den Demokratie-Gedanken. Wir befürworten aktiv eine Pluralität von Parteien, Wählergruppen und Einzelpersonen in den gewählten Gremien. Auch für kleine Parteien und Gruppen dürfen keine erheblichen Zugangshürden für den Einzug in die kommunalen Vertretungen geschaffen werden. Das Kommunalwahlgesetz darf keine einzige Wählerstimme abwerten.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.7: Wahlrecht - Bürgermeister per Zustimmungswahl

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass der Bürgermeister per Zustimmungswahl ermittelt wird. Bei dieser einfachen und leicht verständlichen Methode haben die Wähler die Möglichkeit, für beliebig viele Kandidaten zu stimmen, wählbar sind alle Kandidaten, die die dafür notwendigen Grundvoraussetzungen erfüllen. Gewählt ist der Kandidat mit den meisten Stimmen. Vorteile der Zustimmungswahl sind: der beliebteste Kandidat gewinnt die Wahl, die strukturelle Benachteiligung von kleinen Parteien wird verringert, Konsensfindung und die Diskussionen an Sachthemen wird gefördert, mögliche Verzerrungen des Wählerwillens durch das Stichwahl-System werden ausgeschlossen. Eine aufwändige Stichwahl entfällt.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.8: Wahlrecht - Bürgermeisterabwahl per Bürgerbegehren

Die Bürger in NRW können ihre Bürgermeister und Landräte wählen und abwählen. Allerdings kann ein Abwahl-Bürgerentscheid bisher nur auf Antrag einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Rates oder des Kreistages herbei geführt werden. Zukünftig sollen die WählerInnen auch selbst die Abwahl

eines Stadt- oder Kreisoberhauptes einleiten können. Die Unterschriftenhürde für ein Bürgerbegehren zur Abwahl eines Bürgermeisters oder Landrats in NRW soll der bei Bürgerbegehren zu Sachfragen entsprechen. Auf die bei Bürgerentscheiden über die Abwahl von Bürgermeistern und Landräten geltende Zustimmungshürde für einen Abwahantrag soll in Zukunft verzichtet werden.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.9: Wahlrecht - Kumulieren und Panaschieren

Die NRW-Piraten streben an, dass bei Landtags- und Kommunalwahlen das Wahlsystem Kumulieren & Panaschieren eingesetzt wird. Bei Kommunalwahlen erhalten die Wähler so viele Stimmen wie der Gemeinderat Sitze hat. Bei Landtagswahlen haben die Bürger drei Stimmen, die sie innerhalb der Parteilisten an Kandidaten vergeben können. Es können Mandatsbewerber aller antretenden Parteien und Wählervereinigungen angekreuzt werden. Jedem Kandidaten können dabei bis zu drei Stimmen gegeben werden. Weiterhin soll es möglich sein, nur einer Partei seine Stimme zu geben. Wird die von der Partei aufgestellte Liste durch das so genannte Listenkreuz bestätigt, werden die Stimmen der Listenreihenfolge entsprechend auf die Kandidaten verteilt, bis alle Stimmen vergeben sind. Dabei kann der Wähler auch Kandidaten auf der angekreuzten Liste durchstreichen, diese erhalten dann keine Stimme. In den meisten anderen Bundesländern ist das Kumulieren & Panaschieren bei Kommunalwahlen bereits Realität und ermöglicht es den Bürgern, ihrer Stimme mehr Gewicht zu verleihen. Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, das NRW sich dieser Praxis anschließt.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.10: Wahlrecht - Wahlalter

Das Durchschnittsalter der Wahlberechtigten steigt. Dies führt dazu, dass diejenigen, die am längsten die Auswirkungen der politischen Entscheidungen zu tragen haben, in ihren politischen Verantwortungsöglichkeiten eingeschränkt sind. Die NRW-Piraten wollen die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fördern. Das Wahlalter bei Landtagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden. Politisch interessierte Jugendliche sind sich der Verantwortung, die mit einer Wahl verbunden ist, bewusst.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.11: Wahlrecht - Ausländerwahlrecht

Die NRW-Piraten engagieren sich für ein kommunales Wahlrecht für alle ausländischen Staatsbürger, die das erforderliche Wahlalter erreicht haben und die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Wir streben an, dass das Bundesland NRW sich im Bundesrat um eine Änderung des Grundgesetzes bemüht.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.47: Wahlrecht - Senkung der Legislaturperiode auf 4 Jahre

Die NRW-Piraten treten für eine Senkung der Legislaturperiode auf 4 Jahre ein. Durch die kürzere Wahlperiode wird den Bürgern eine häufigere Einflussnahme auf die Zusammensetzung des Landtages gewährleistet. Zudem ist die politische Arbeit der gewählten Parteien auf einem Zeitraum von 4 Jahren wesentlich leichter zu erfassen und somit deutlich transparenter.

Autoren

[Daniel Neumann](#)

11.12: Bürgerentscheid - [Einleitung]

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wirken sich positiv aus auf eine aktive Teilnahme der Bürger am politischen Geschehen in ihrer Stadt. Die NRW-Piraten streben eine Änderung der Gemeindeordnung an, die die Erfolgchancen für Bürgerbegehren entscheidend verbessert und überflüssige Hürden abbaut:

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.13: Bürgerentscheid - Themenausschlüsse streichen

Die NRW-Piraten sprechen sich für eine Streichung der Themenausschlüsse aus. Die Bürger müssen die wichtigsten stadtentwicklungspolitischen Fragen mitentscheiden dürfen. Hierzu gehören sowohl Angelegenheiten, die im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens oder eines förmlichen Verwaltungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung oder eines abfallrechtlichen, immissionsschutzrechtlichen, wasserrechtlichen oder vergleichbaren Zulassungsverfahrens zu entscheiden sind; die Aufstellung, Änderung, Ergänzung & Aufhebung von Bauleitplänen als auch Bürger- & Ratsbegehren über Abgaben & Gebühren.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.14: Bürgerentscheid - Kostendeckungsvorschlag streichen

Bisher werden an Bürgerbegehren strengere Maßstäbe angelegt als an das Handeln der gewählten Vertreter im Rat. Die NRW-Piraten vertrauen den Bürgern auch in Finanzfragen und wollen den Zwang zum Kostendeckungsvorschlag streichen. Die Beteiligung der Wähler an der Ausgabenpolitik führt dazu, dass diese näher an den Präferenzen der Wähler ausgestaltet wird und dass eine geringere Verschuldung, eine effizientere Verwaltung und ein höherer Wohlstand erreicht werden können.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.15: Bürgerentscheid - Sammlungsfristen streichen

Die Sammlung von Unterschriften sollte so lange gültig sein, wie in der Sache noch keine unveränderlichen Fakten geschaffen worden sind. Räte können auch noch nicht umgesetzte Beschlüsse jederzeit wieder aufheben, daher ergeben Sammelfristen für die Bürger keinen Sinn. Direkte Demokratie profitiert von Verfahren, die auf lange Zeiträume hin angelegt sind. Diese bieten größere Chancen auf eine ausreichende Diskussion um die besten Ideen und fördern die Meinungsbildungsprozesse.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.16: Bürgerentscheid - Beteiligungsquorum

Die NRW-Piraten sprechen sich gegen ein Zustimmungsquorum bei Bürgerentscheiden und für ein gestaffeltes Beteiligungsquorum aus. Eine niedrige Beteiligung liegt daran, dass es um eine einzige Sachfrage geht. Zur Abstimmungsteilnahme ist deshalb meist nur ein Bruchteil der an einer Wahl Teilnehmenden motiviert. Dies verringert aber nicht die Legitimation des Abstimmungsergebnisses. Bei einem Bürgerentscheid sei die gestellte Frage in dem Sinn entschieden, in dem sie von der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern sich in Kommunen mit bis zu 100.000 Einwohnern mindestens 15 v.H. oder mit mehr als 100.000 Einwohnern mindestens 10 v.H. der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt haben. Bei Stimmgleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Bei Ratsbürgerentscheiden entscheidet allein die Mehrheit der abgebenden Stimmen.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.17: Bürgerentscheid - Faire Abstimmungsregeln

Nur praktikable und bürgerfreundliche Verfahren liefern repräsentative Ergebnisse und sorgen für eine breite Akzeptanz der Abstimmungsergebnisse. Hierzu gehören ausreichende Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten. Eine schriftliche Benachrichtigung der Bürger, eine ausreichende Anzahl von Abstimmungslokalen sowie die Möglichkeit zur Briefabstimmung sollen wieder Standards für lokale Abstimmungen in den Kommunen werden. Wahlen und Abstimmungen sind wichtige Bestandteile des politischen Grundrechts der Bürger auf politische Selbstbestimmung, denen eine entsprechende Achtung und Wertschätzung gebührt. Der Urnengang ist für viele Bürger ein wichtiges demokratisches Ritual, das niemandem vorenthalten werden sollte, andernfalls droht Bürgerentscheiden eine geringere öffentliche Aufmerksamkeit und damit eine niedrigere Abstimmungsbeteiligung. In der Praxis zeigt sich oft die Situation, dass jemand ein Bürgerbegehren grundsätzlich unterstützen will, aber nur eine Unterschrift leisten und aus Datenschutzgründen keine weiteren persönlichen Angaben machen möchte. Die NRW-Piraten schlagen vor, die Regelung bei der Sammlung von Unterstützungsunterschriften zur Wahlzulassung auch bei Bürgerbegehren anzuwenden. Durch offizielle Formblätter werden die potentiellen Unterstützer nicht weiter verunsichert.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.18: Bürgerentscheid - Obligatorische Referenden

Die NRW-Piraten wollen obligatorische Referenden über die Gründung oder Schließung von gemeindlichen Eigenbetrieben, die Mitgliedschaft in Zweckverbänden oder den An- oder Verkauf von Unternehmensbeteiligungen in der Gemeindeordnung verankern. Obligatorische Bürgerentscheide schaffen Transparenz, Vertrauen und Mitentscheidungsmöglichkeiten in wichtigen kommunalpolitischen Fragen.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.19: Bürgerentscheid - Ombudsperson

Unabhängig voneinander sollen Bürgerinitiativen und Bürgerbegehren einerseits, sowie Politik und Verwaltung andererseits über Verfahren von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid beraten werden. Eine Ombudsperson kann den vereinzelt konfrontativen Umgang von Bürgerbegehren und Gemeinden dahin gehend entschärfen, eine gemeinsame politische Streit- & Sachentscheidungskultur zu fördern. Des Weiteren können dann landesweit die Erfahrungen vorangegangener Bürgerbegehren an andere Initiativen weitergegeben und erfolgreiche Begehren

im Sinne einer "best practice"-Kultur dokumentiert werden.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.20: Volksentscheid - [Einleitung]

Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid wirken sich positiv aus auf die Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen in ihrem Bundesland. Seit 1950 haben die Bürger in NRW die Möglichkeit, sich mit Hilfe von Volksbegehren und Volksentscheid in die Landespolitik einzubringen. Im Jahr 2002 ist die Möglichkeit zur Durchführung einer Volksinitiative hinzu gekommen. Die Volksinitiative kann in der aktuellen Version jedoch kaum politische Wirkung erzeugen, viele qualitative Volksentscheide scheitern an Formalitäten. Die NRW-Piraten streben eine Änderung der Landesgesetze an, um die Erfolgchancen für basisdemokratische Abstimmungen entscheidend zu verbessern und überflüssige Hürden abzubauen:

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.21: Volksentscheid - Volksinitiative

Die NRW-Piraten setzen sich für eine Verbesserung der Volksinitiativen ein. Es soll ausdrücklich erlaubt sein, Unterschriftenlisten von den Initiatoren einer Volksinitiative an Interessenten zu verschicken, weiterzureichen oder im Internet zum Herunterladen bereitzustellen. Nicht nur von den Initiatoren benannte Berechtigte sollen Unterschriften sammeln dürfen. Die Volksinitiative soll zum Antrag auf die Durchführung eines Volksbegehrens gemacht werden können. Aktuell sind hierzu in NRW erneut 3.000 Unterschriften zu sammeln und diese als Zulassungsantrag zum Volksbegehren einzureichen. Zudem plädieren wir dafür, die Unterschriftenhürde auf 30.000 Unterschriften zu senken.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.38: Volksentscheid - Volksinitiative (16+Ausländer)

[Modul 11.21 soll ergänzt werden] Des Weiteren befürworten die NRW-Piraten die Förderung der politischen Bildung junger Menschen und die Integration hier lebender Ausländer. Volksinitiativen sollen daher auch für Jugendliche ab 16 Jahren und Nichtdeutsche geöffnet werden.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.39: Volksentscheid - Volksinitiative (16)

[Modul 11.21 soll ergänzt werden] Des Weiteren befürworten die NRW-Piraten die Förderung der politischen Bildung junger Menschen. Volksinitiativen sollen daher auch für Jugendliche ab 16 Jahren geöffnet werden.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.40: Volksentscheid - Volksinitiative (Ausländer)

[Modul 11.21 soll ergänzt werden] Des Weiteren befürworten die NRW-Piraten die Integration hier lebender Ausländer. Volksinitiativen sollen daher auch für Nichtdeutsche geöffnet werden.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.22: Volksentscheid - Finanzwirksame Volksbegehren

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, finanzwirksame Volksbegehren zuzulassen. Die Bürger sollen sich im Rahmen eines Volksbegehrens an der Ausgabenpolitik beteiligen dürfen. Sie haben somit die Möglichkeit, ihr Lebensumfeld bedürfnisorientiert mitzugestalten. Bislang sind Volksentscheide, die ausdrücklich Steuern, Kreditaufnahme oder den Haushalt zum Thema haben, von vornherein unzulässig. Die meisten politischen Entscheidungen haben finanzielle Auswirkungen, die indirekt den Haushalt beeinflussen. Die NRW-Piraten streben an, dass Ausgaben ab einer bestimmten Höhe per Volksabstimmung verpflichtend bestätigt werden müssen.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.23: Volksentscheid - Faire Unterschriftenhürde

Das Unterschriftenquorum beim Volksbegehren stellt sicher, dass das Interesse an der Abstimmungsfrage genügend breit ist und der Aufwand eines Volksentscheids sich lohnt. Mit

zunehmender Größe eines Bundeslandes verringert sich aber der Anteil der Betroffenen und Interessierten in der Regel erheblich. Daher wollen wir die Unterschriftenhürde für Volksbegehren auf zwei Prozent senken.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.24: Volksentscheid - freie Unterschriftensammlung

Die NRW-Piraten wollen eine freie Unterschriftensammlung für Volksbegehren ermöglichen. In NRW kann man nur in amtlichen Eintragungsstellen mit seiner Unterschrift ein Volksbegehren unterstützen. Die deutsche Kommunalebene in allen anderen Bundesländern sowie auch die Schweiz und Italien kennen ausschließlich die freie Unterschriftensammlung bei kommunalen Bürgerbegehren.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.25: Volksentscheid - faire Sammelfristen

Die Sammelfrist für Volksbegehren ist in NRW mit nur acht Wochen sehr knapp bemessen. Die NRW-Piraten regen an, die Sammelfrist für Volksbegehren auf mindestens sechs Monate zu verlängern, um einer umfassenden öffentlichen Debatte über das betroffene politische Thema genügend Raum zu geben.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.26: Volksentscheid - Gegen Abstimmungshürde

Damit ein Volksentscheid in NRW gültig ist, muss die Mehrheit der Abstimmenden mindestens 15 Prozent aller Stimmberechtigten betragen, dies sind fast zwei Millionen der gut 13 Millionen Stimmberechtigten. Die Beteiligung an Volksentscheiden ist meist niedriger als bei Wahlen. Daher sprechen sich die NRW-Piraten gegen eine Abstimmungshürde aus. Bei Wahlen geht es um eine Entscheidung über die Richtung der Gesamtpolitik in der nächsten Legislaturperiode, bei einem Volksentscheid lediglich um das "Ja" oder "Nein" zu einer einzigen Sachfrage. Zur Abstimmungsteilnahme ist daher meist nur ein Bruchteil der an einer Wahl Teilnehmenden motiviert. Bei Volksabstimmungen über verfassungsändernde Volksbegehren bedarf es einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Abstimmenden und einer Abstimmungsbeteiligung von mindestens 50 Prozent aller Stimmberechtigten. Mindestens 6,6 Millionen NRW-Bürger müssten also an einem

Volksentscheid über eine Verfassungsänderung teilnehmen. Zum Vergleich: Die Beteiligung an der letzten Landtagswahl im Mai 2005 betrug 63 Prozent.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.27: Volksentscheid - Verfassungsänderungen

Eine Verfassung regelt die Grundlage des Zusammenlebens aller Bürger. Sie schreibt die demokratischen Rechte der Bürger fest. Deshalb sollen die Bürger bei Änderungen ihrer Bürgerrechte die letzte Entscheidung treffen dürfen. Daher treten die NRW-Piraten für die Einführung obligatorischer Volksabstimmungen zu Verfassungsänderungen ein. Obligatorische Volksabstimmungen eröffnen die Möglichkeit eines besonders sachlichen und fruchtbaren öffentlichen Diskurses, da sie nicht unbedingt einer ideologischen Ecke oder Partei zugeordnet werden.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.28: E-Government -Sinnvolle Systeme

E-Government bedeutet den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken in behördlichen Zusammenhängen. Es bietet die Möglichkeit der Vereinfachung und Durchführung von Prozessen der Information, Kommunikation und Transaktion a) innerhalb von Institutionen, b) zwischen staatlichen, kommunalen und sonstigen behördlichen Institutionen sowie c) zwischen Institutionen und einzelnen Bürger und d) zwischen Institutionen und privatwirtschaftlichen Unternehmen. Erst durch eine prozessorientierte Organisation gestaltet sich E-Government effizient. Der Datenschutz genießt dabei die höchste Priorität. Die NRW-Piraten regen an, Anwendungen zu entwickeln und den kommunalen Verwaltungen zur Verfügung zu stellen. Nach dem Motto "effizient - sicher - vernetzt" sollen Wirtschaftlichkeitsprüfungen einzelner Systeme vorangetrieben werden.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.29: E-Government - OpenSource

In ausnahmslos allen Bereichen des öffentlichen Dienstes in NRW, in den kommunalen Verwaltungen der Gemeinden, Städte und Landkreise und der beiden Landschaftsverbände wie auch in Landesbehörden werden jedes Jahr Kosten für Software-Lizenzen kommerzieller Hersteller anfällig. Dies gilt sowohl für Serversysteme als auch für Clientsoftware. Der weitaus größte Teil betrifft Standard-Büro-Softwarepakete, Kommunikationssoftware und Betriebssysteme in über die

Jahre gewachsenen Strukturen. Aufsetzend auf diese Software wurden in den Rechenzentren der öffentlichen Hand tausende Spezialanwendungen und Formulare Systeme entwickelt. Open-Source-Anwendungssoftware und Betriebssysteme haben jedoch mittlerweile einen Stand erreicht, der in Zuverlässigkeit, Benutzerfreundlichkeit, Aktualisierungs-Frequenzen, Serviceoptionen sowie Betriebs- und Datensicherheit den kommerziellen Produkten in nichts nachsteht. Eine Migration der Verwaltungssoftware hin zu Open-Source-Anwendungen scheint auf den ersten Blick erstrebenswert, ist jedoch ihrerseits mit Kosten verbunden. Andererseits kann durch eine solche Migration eine Stimulation des Arbeitsmarktes für IT-Fachkräfte erwartet werden. Die NRW-Piraten regen daher an, in einem Evaluationsprojekt Migrationsmöglichkeiten hin zu Open-Source-Lösungen im Hinblick auf ihre Durchführbarkeiten eingehend zu untersuchen, um gegebenenfalls Einsparpotentiale zu ermitteln und die Abhängigkeit der öffentlichen Hand von Anbietern kommerzieller Software zu reduzieren.

Autoren

[Ergonaut](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.30: E-Government - Digitaler Behördengang

Die Bürger sollen die Möglichkeit haben, die Dienstleistungen des Staates auch über digitale Behördengänge in Anspruch nehmen zu können. Entbürokratisierung und transparent dargestellte Verwaltungsprozesse müssen hierbei im Vordergrund stehen.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.31: E-Government - E-Democracy-Systeme

Die Willens- und Meinungsbildung der Bürger soll durch E-Democracy gefördert werden. Online-Beteiligungsmöglichkeiten bieten neuen Formen der direkten Demokratie. Transparenz, Sicherheit und offene Schnittstellen sollen die Eckpfeiler dieser Systeme sein.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.32: E-Government - Informationsfreiheit

Die NRW-Piraten streben an, dass allgemeine Informationen, Entscheidungen aller Gremien und Politiker, Protokolle und Videoaufzeichnungen möglichst aller Gremiensitzungen kurzfristig, dauerhaft und barrierefrei für jeden zur Einsicht bereit stehen. Des Weiteren soll die vollständige Umsetzung des Rechts auf Informationsfreiheit gewährleistet sein.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.33: E-Government - Aufklärung

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass sich die Landesregierung verpflichtet, die Bürger aktiv über ihre Beteiligungsmöglichkeiten aufzuklären. Des Weiteren ist Medienkompetenz fokussiert zu fördern. Hemmungen und Bedenken der Menschen gegenüber neuen Technologien sind ernst zu nehmen. E-Government-Systeme sind Ergänzungen zu den klassischen Verfahren, es dürfen keine Hürden entstehen und es darf auch niemand ausgeschlossen werden.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.34: E-Government - Online-Petitionen

Die NRW-Piraten streben an, dass Online-Petitionen auf Landesebene möglich und in der Verfassung verankert werden. Das Parlament darf die Fragen der Bürger und die aufgezeigten Missstände nicht unbeachtet lassen, erfolgreiche Petitionen sollen in einer Sitzung im Landtag behandelt werden. Zudem soll ein Vetorecht für legislative Beschlüsse des Landtags gelten.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.35: E-Government - Einflussnahme auf politische Entscheidungen

Die NRW-Piraten stehen für die Schaffung von Möglichkeiten der effektiven Einflussnahme auf politische Entscheidungen über das Internet. Alle Bürger sollen in den Diskurs und die parlamentarische Arbeit einbezogen werden können.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.36: E-Government - Evaluation von Diskussions-Plattformen

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass Konzepte und Systeme zur Stimmabgabe bei Wahlen und Referenden über das Internet evaluiert werden. Notwendiges Merkmal einer solchen Anwendung muss der uneingeschränkte und transparente Diskurs sein.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

11.37: E-Government - Gegen Wahlmaschinen bei geheimer Wahl

Die NRW-Piraten lehnen den Einsatz von Wahlmaschinen bei einer allgemeinen geheimen Wahl entschieden ab.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

NRW:Landesparteitag 2010.2/Bauen und Verkehr

Aus Piratenwiki

< [NRW:Landesparteitag 2010.2](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Dies sind die Vorschläge für den Themenbereich Bauen und Verkehr im Wahlprogramm der NRW-Piraten zur Landtagswahl 2010.

Um auf der LMV die vorgeschlagenen Wahlprogrammmodule möglichst schnell abstimmen zu können, sollen möglichst viele NRW-Piraten bereits im Vorfeld eine Meinung zu dem Modul in einer Doodle-Umfrage abgegeben. Dies ist keine endgültige Stimmabgabe, sondern dient nur dazu, die Abstimmungen auf der LMV sinnvoll strukturieren zu können.

[Doodle Umfrage](#)

Arguliner zu diesen Themen finden sich [hier](#).

Inhaltsverzeichnis

[Verbergen]

- [1 14.1 Präambel I Die Bedeutung des Themas Bauen und Verkehr für Nordrhein-Westfalen](#)
- [2 14.2 Präambel II Die Bedeutung des Themas Bauen und Verkehr für Nordrhein-Westfalen](#)
- [3 14.3 Modul Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs \(ÖPNV\) I](#)
- [4 14.4 Modul Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs \(ÖPNV\) II](#)
- [5 14.5 Modul Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs \(ÖPNV\) III](#)
- [6 14.6 Modul Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs \(ÖPNV\) IV](#)
- [7 14.7 Modul Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs \(ÖPNV\) V](#)
- [8 14.8 Modul Modellversuch für einen Öffentlichen Personennahverkehr \(ÖPNV\) zum Nulltarif I](#)
- [9 14.9 Modul Modellversuch für einen Öffentlichen Personennahverkehr \(ÖPNV\) zum Nulltarif II](#)
- [10 14.10 Modul Modellversuch für einen Öffentlichen Personennahverkehr \(ÖPNV\) zum Nulltarif III](#)
- [11 14.11 Modul Modellversuch für einen Öffentlichen Personennahverkehr \(ÖPNV\) zum Nulltarif IV](#)
- [12 14.12 Modul Vergabekriterien für ÖPNV I](#)
- [13 14.13 Modul Vergabekriterien für ÖPNV II - Tarifliche Entlohnung -](#)
- [14 14.14 Modul Vergabekriterien für ÖPNV III - Kreative Lösungen für die Verkehrsnetze](#)
=
- [15 14.15 Modul Vergabekriterien für ÖPNV IV - Kreative Lösungen für die Verkehrsnetze](#)
=
- [16 14.16 Modul Vergabekriterien für ÖPNV V - Kreative Lösungen für die Verkehrsnetze -](#)
- [17 14.17 Modul Vergabekriterien für ÖPNV VI - Wettbewerb der Verkehrsbetreiber im ÖPNV -](#)
- [18 14.18 Modul Vergabekriterien für ÖPNV VII - Wettbewerb der Verkehrsbetreiber im ÖPNV -](#)
- [19 14.19 Modul Vergabekriterien für ÖPNV VIII - Transparenz der Entscheidungsprozesse nach Ausschreibungen im ÖPNV -](#)
- [20 14.20 Modul Güterverkehr auf der Schiene Präambel](#)
- [21 14.21 Modul Transversalstrecken I](#)
- [22 14.22 Modul Transversalstrecken II](#)
- [23 14.23 Modul Ost-West-Schienentransitgüterverkehr I](#)
- [24 14.24 Modul Ost-West-Schienentransitgüterverkehr II](#)
- [25 14.25 Modul Ost-West-Schienentransitgüterverkehr III](#)
- [26 14.26 Modul Nord-Süd-Schienentransitgüterverkehr](#)
- [27 14.27 Modul Güterverkehr in die Regionen](#)
- [28 14.28 Modul Bündelung von Transitverkehr auf der Schiene](#)

14.1 Präambel I Die Bedeutung des Themas Bauen und Verkehr für Nordrhein-Westfalen

Eine nachhaltige Entwicklung des Verkehrs, des Bauens und der Stadtentwicklung hat angesichts der ökologischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stellenwert. Die Überwindung der Folgen des demographischen Wandels und der

wirtschaftsstrukturellen Entwicklung müssen durch eine Zusammenarbeit aller Beteiligten erreicht werden. Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehören unter anderem die Bereitstellung eines klimafreundlichen Verkehrsangebotes sowie die Schaffung eines attraktiven Wohnumfeldes.

14.2 Präambel II Die Bedeutung des Themas Bauen und Verkehr für Nordrhein-Westfalen

Die NRW-Piraten streben eine grundlegende Änderung des in unserem Bundesland verfolgten Verkehrskonzeptes an. Durch das steigende Verkehrsaufkommen, Baustellen und Fehlplanungen kommt es zu immer längeren Staus. Diese belasten die Umwelt und kosten Zeit, während Ausbau und Instandhaltung der Straßeninfrastruktur aufwändig und teuer sind. Das macht eine konsequente Fokussierung auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unumgänglich. Um diese Ziele zu erreichen, setzen wir uns ein für:

14.3 Modul Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) I

Die Angebote des ÖPNV können durch vielfältige Maßnahmen attraktiver gestaltet werden und so die Ausnutzung der öffentlichen Verkehrsmittel verbessern. Die NRW-Piraten fordern daher ein engmaschigeres Netz der Verkehrslinien sowie eine häufigere Bedienung der Linien. Verbesserte Verbindungen aus dem Umland der Städte in die Stadtzentren gehören ebenfalls dazu; beispielsweise lassen sich regionale Eisenbahnverbindungen in das Straßenbahnnetz nach dem Vorbild der Region Karlsruhe einbinden. Gesicherte Umsteigeverbindungen an zentralen Plätzen und Vorrangschaltungen für den Öffentlichen Personennahverkehr an Signalanlagen sind anzustreben.

14.4 Modul Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) II

Zur Attraktivitätssteigerung trägt außerdem ein besserer Service auf den schienengebundenen Umland-Strecken bei, wie zum Beispiel das Rheinbahn-Bistro, weiterhin eine Überprüfung und Anpassung der Haltepunkte und die bauliche Form dieser Haltepunkte. Eine barrierearme Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs ist, wo immer möglich, anzustreben.

14.5 Modul Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) III

Bis zur Einführung des angestrebten Nulltarifs erhöht ein einfach und übersichtlich gestaltetes Tarifsystem die Nutzungschancen. Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, Einzelfahrscheine für einen bestimmten Zeitraum unabhängig von der Fahrtrichtung zu nutzen.

14.6 Modul Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) IV

Die Weitergabe von Informationen von Störungen sollte so umgesetzt werden, dass diese den Interessenten auf den Medien erreichen, die er auch sonst nutzt. Beispiele wären hier die Veröffentlichung von Störungen per Twitter oder über RSS-Feeds. Außerdem können QR-Codes an den Haltestellen auf internetbasierte aktuelle Störungsmeldungen verweisen.

14.7 Modul Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) V

Die Einführung von Ruhezeiten nach österreichischem Vorbild machen den öffentlichen Personennahverkehr auf der Schiene für Pendler attraktiver. Ein Verbot von lauten Gesprächen, ob mit oder ohne Handy, Musik von Handys oder Kopfhörern etwa und lauten Klingeltönen, kann hier angenehme Bereiche für ruhebedürftige Fahrgäste bieten. Auch die Normen für das Verhalten in Bibliotheken können hier als Vorbild dienen. Lärmschutz sollte auch innerhalb der Bahnen gewährleistet werden. Hier geht es nicht darum Fahrgäste zu gängeln, sondern vielmehr den Bedürfnissen verschiedener Fahrgastgruppen gerecht zu werden.

[Quelle](#)

14.8 Modul Modellversuch für einen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zum Nulltarif I

Die NRW-Piraten sind davon überzeugt, dass ein fahrscheinfreier ÖPNV nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für die Wirtschaft langfristig einen Gewinn darstellt. Diese Maßnahme ermöglicht mehrere Ziele zugleich zu erreichen: Die Städte als zusammenhängender Lebensraum werden aufgewertet, da in Ballungsräumen eine stärkere Nachfrage zu einem attraktiveren Angebot führen wird. Ebenfalls steigert der öffentliche Personennahverkehr zum Nulltarif die Anziehungskraft unserer Städte auf auswärtige Besucher. Davon profitieren Staat und Wirtschaft gleichermaßen. In ländlichen Gebieten wird eine verstärkte Nutzung des ÖPNV dazu führen, dass vormals schwach frequentierte Strecken wieder sinnvoll bedient werden können. Auch die einkommensschwachen Verkehrsteilnehmer werden durch diese Maßnahme finanziell deutlich entlastet. Außerdem entfallen Kosten für Fahrkartenverkauf und -kontrolle. Freiwerdende Mitarbeiter der Fahrkartenkontrolle werden überwiegend zur Verbesserung des Services eingesetzt. Wie das Vorbild der belgischen Stadt Hasselt zeigt, sind solche Projekte in der Praxis realisierbar.

14.9 Modul Modellversuch für einen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zum Nulltarif II

Zur Finanzierung dieses Konzeptes dienen zum Teil freiwerdende Mittel, die bisher für den Ticketverkauf aufgewendet wurden. Die restliche Finanzierung wird über Haushaltsmittel gedeckt.

14.10 Modul Modellversuch für einen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zum Nulltarif III

Die NRW-Piraten fordern eine Analyse der Machbarkeit eines fahrscheinfreien ÖPNVs. Im Erfolgsfall soll der Modellversuch landesweit ausgedehnt werden. Wir setzen uns dafür ein, in der anstehenden Legislaturperiode ein oder mehrere Pilotprojekte umzusetzen, die wissenschaftlich begleitet werden sollen. Gut geeignet sind hierzu Städte wie Aachen, Paderborn oder Bielefeld, deren ÖPNV-Systeme aufgrund ihrer Insellage nicht mit anderen Großstädten vernetzt sind.

14.11 Modul Modellversuch für einen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zum Nulltarif IV

Der öffentliche Nahverkehr zum Nulltarif mit hohen qualitativen und quantitativen Standards wird auf Dauer die Mobilität eines jeden Bürgers erhöhen und in Zukunft einen hohen Stellenwert in der Schaffung eines umweltfreundlichen sowie ressourcenschonenden Verkehrsangebotes einnehmen.

- [Weiterführende Informationen im Arguliner zum Thema!](#)

14.12 Modul Vergabekriterien für ÖPNV I

Da der ÖPNV ein wesentlicher und wichtiger Bestandteil der Mobilität in Nordrhein-Westfalen ist, wird dieser von der öffentlichen Hand finanziell gestützt. Diese Unterstützung muss zielgerichtet und transparent für den ÖPNV eingesetzt werden. Die Piratenpartei Nordrhein-Westfalen fordert deshalb, die Vergabekriterien wie folgt anzupassen:

14.13 Modul Vergabekriterien für ÖPNV II - Tarifliche Entlohnung -

Um den öffentlichen Verkehr nachhaltig zu sichern, ist es notwendig, dass die Anbieter alle Angestellten mindestens nach den örtlich geltenden Tarifen bezahlen. Bestreikte Unternehmen haben auf jeden Fall vollumfänglichen Ersatz zu leisten, dazu gehört die finanzielle Entschädigung bei der Inanspruchnahme von Taxifahrten und die Begleichung von Verdienstaufschlägen. Diese Forderungen sollen schnell und unbürokratisch, zum Beispiel durch eine Entschädigungskommission, nach Regelsätzen beglichen werden.

14.14 Modul Vergabekriterien für ÖPNV III - Kreative Lösungen für die Verkehrsnetze -

Vor der Ausschreibung zur Vergabe von Verkehrsleistungen ist ein Planungs- und Gestaltungswettbewerb auszuloben, der die Verkehrsleistungen optimiert und die Vernetzung verschiedener Verkehrsträger in einem Verkehrsgebiet verbessert. Dabei ist ausdrücklich dazu zu ermutigen, neue Ansätze und Ideen für die Erschließung von Quartieren zu finden, die aufgrund ihres Verkehrsaufkommens mit den traditionellen Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs nur schlecht erschlossen werden können; hier ist Raum zu schaffen für Bürgerbus-Initiativen und für die Integration des Taxi-Gewerbes in ein bedarfsgeregeltes Angebot etwa von Rufbus-Linien. Kriterien für die Bewertung der eingereichten Vorschläge sind beispielsweise die Direktheit der Verbindungen und die Maßnahmen zur Anschlusssicherung an Umsteigepunkten.

14.15 Modul Vergabekriterien für ÖPNV IV - Kreative Lösungen für die Verkehrsnetze -

Voraussetzung für einen solchen Wettbewerb ist eine transparente Dokumentation des bestehenden Verkehrsangebots, der stationären Einrichtungen des ÖPNV und der realen Verkehrsströme aller Verkehrsträger einschließlich des Individualverkehrs. Dazu gehört auch die Bestandsaufnahme der bereits im ÖPNV tätigen Unternehmen und ihrer Angebote, um die Vorgaben für den Planungs- und Gestaltungswettbewerb daraus ableiten zu können.

14.16 Modul Vergabekriterien für ÖPNV V - Kreative Lösungen für die Verkehrsnetze -

In den Gestaltungswettbewerb können weiterhin der Ausbau der Wartepunkte und Haltestellen mit einbezogen werden, da diese einen wesentlichen Einfluss auf die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs haben. Eventuelle bauliche Veränderungen obliegen weiterhin der öffentlichen Hand oder dem Eigentümer der Infrastruktur, wie beispielsweise beim Bahnnetz.

14.17 Modul Vergabekriterien für ÖPNV VI - Wettbewerb der Verkehrsbetreiber im ÖPNV -

Für den Betrieb des ÖPNV fordern die NRW-Piraten einen funktionierenden Wettbewerb unter den Verkehrsbetreibern. Um dies sicherzustellen, sind die Verkehrsleistungen entsprechend den Ergebnissen der Gestaltungswettbewerbe auszuschreiben und den Ergebnissen der Ausschreibung

folgend zu vergeben. Ein Verzicht auf eine Ausschreibung ist so wenig akzeptabel wie eine anschließende politische Entscheidung gegen den Gewinner der Ausschreibung. Derartige nachträgliche Einflüsse auf das Ausschreibungsverfahren führen zu Intransparenz und Lobbyismusvorwürfen. Zweifel an der fachlichen Qualifikation eines Bewerbers müssen frühzeitig angemeldet werden und bereits in die Bewertung des Angebots einfließen.

14.18 Modul Vergabekriterien für ÖPNV VII - Wettbewerb der Verkehrsbetreiber im ÖPNV -

Um die Monopol- und Oligopolstellung der dominierenden Verkehrsbetreiber zu verringern, ist bei vergleichbarem Angebot der Verkehrsbetreiber mit dem geringeren Marktanteil zu bevorzugen.

14.19 Modul Vergabekriterien für ÖPNV VIII - Transparenz der Entscheidungsprozesse nach Ausschreibungen im ÖPNV -

Es ist notwendig alle Angebote, die auf eine Ausschreibung eintreffen, zu veröffentlichen um Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten. Die Anbieter wollen von der Öffentlichkeit beauftragt werden und es ist daher ein generelles Recht der Öffentlichkeit, die Angebote einsehen zu können. Nach der Angebotsphase sind die Entscheidungs- und Abwägungsprozesse für die Öffentlichkeit möglichst nachvollziehbar zu gestalten.

14.20 Modul Güterverkehr auf der Schiene Präambel

In den zurückliegenden Jahren hat sich die einseitig betriebswirtschaftlich ausgerichtete Unternehmensleitung der Deutschen Bahn AG verheerend auf den Schienengüterverkehr ausgewirkt. Die Reduzierung der vorgehaltenen Infrastruktur und die einseitige Bevorzugung des Personenverkehrs führen dazu, dass bei Anhalten dieser Tendenz der schienengebundene Güterverkehr nur noch aus dem Transport großer Volumina und Tonnagen bestehen wird. Die Güterzugunglücke dieses Jahres zeigen zudem, dass die mangelhafte Wartung auch des rollenden Materials zu einer Gefährdung der übrigen Verkehrsleistungen und der Unversehrtheit von Fahrgästen und Personal führen kann. Die Piratenpartei fordert daher, dem schienengebundenen Güterverkehr wieder eine stärkere Rolle im Verkehrsaufkommen zu geben. Im Einzelnen ergeben sich für Nordrhein-Westfalen:

14.21 Modul Transversalstrecken I

NRW ist auch Transitland für den Gütertransport in der Ost-West-Richtung von den Häfen Amsterdam und Rotterdam bis nach Mittel- und Osteuropa wie auch in der Nord-Süd-Richtung von Skandinavien und den Nordseehäfen ins Rhein-Main-Gebiet, in die Schweiz und nach Frankreich.

14.22 Modul Transversalstrecken II

Dem muss mit geeigneten Schienenstrecken Rechnung getragen werden. Für den Gütertransversalverkehr bieten sich elektrifizierte Strecken an, die durch geringbesiedelte Gebiete führen und am besten mit anderen Verkehrssystemen gebündelt sind. Die Streckenführung und die Ausstattung ist so zu wählen, dass der Verkehr die lokale Bevölkerung möglichst wenig beeinträchtigt und Gefahrguttransporte möglichst weit von besiedelten Gebieten entfernt hält. Eine Elektrifizierung scheint in Hinblick auf die knappe Ressource Öl und den wesentlich höheren Wirkungsgrad in der Energienutzung langfristig sinnvoll. Die Zweigleisigkeit sollte möglichst durchgängig gegeben sein, da sonst unnötig Zeit mit dem Warten auf Gegenzüge vertan wird. Wo dies nicht möglich ist, sollte eine Vielzahl an Kreuzungsmöglichkeiten den Verkehr flüssig halten. Der Streckenausbau und die ebenfalls die Strecke benutzenden anderen Züge sollten für den

Transitverkehr eine gleichmäßige Fahrweise mit einer Transportgeschwindigkeit von ca. 120 km/h ermöglichen. Dabei sind Strecken des Hochgeschwindigkeits-Personenverkehrs und des Gütertransversalverkehrs zu entflechten.

14.23 Modul Ost-West-Schienentransitgüterverkehr I

Die vollständige Bündelung des auf drei Trassen aus den Niederlanden kommenden Verkehrs auf die Strecke Emmerich - Oberhausen als einziger Weiterführung in Deutschland führt zu übermäßigen Belastungen an dieser Strecke.

14.24 Modul Ost-West-Schienentransitgüterverkehr II

Andere Verbindungen, die parallel dazu verlaufen und durch weit weniger besiedeltes Gebiet führen, liegen weitestgehend brach, wurden zurückgebaut und entwidmet. Die Piratenpartei kann sich daher vorstellen, die Verbindung Dorsten - Borken - Winterswijk - Zutphen wieder durchgängig befahrbar zu machen und zu elektrifizieren, um eine nördliche Entlastungsrouten für den Verkehr Ruhrgebiet - Amsterdam zu erhalten. Eine südliche Entlastung könnte nach unserer Ansicht ein zweigleisiger Ausbau zwischen Viersen und Venlo in Kombination mit einer direkten Überleitung von Krefeld kommend in Viersen bringen.

14.25 Modul Ost-West-Schienentransitgüterverkehr III

Für die Verbindungen östlich des Ruhrgebiets gilt: Trotz viergleisigen Ausbaus erwies sich die Strecke Hamm - Minden bei den Unglücken von Neubeckum und Vennebeck als überaus störungsanfällig. Alternative Strecken führen über Soest und Altenbeken nach Nordstemmen - Braunschweig bzw. Northeim/Nordhausen bis Halle. Auch die Strecke von Löhne nach Hameln und Nordstemmen ist eine wichtige Ausweichroute, die ertüchtigt werden muss. Auch wenn die Strecken nicht nur auf dem Gebiet von NRW liegen, setzen wir uns dafür ein.

14.26 Modul Nord-Süd-Schienentransitgüterverkehr

Der größere Planungs- und Ausbaubedarf existiert im Ost-West-Verkehr. Für die Nord-Süd-Strecken gibt es nur kleinere Punkte, die einer Verbesserung bedürfen. Zum Beispiel sollte man die links- und rechtsrheinischen Strecken auf der Höhe von Bonn verknüpfen, damit bei Problemen auf der einen Rheinseite auf jeden Fall noch eine Wechsellmöglichkeit gegeben ist. Auch eine gleichmäßigere Auslastung und somit eine Kapazitätserhöhung am Rhein wird dadurch möglich, wie auch eine Entlastung des Knotens Köln. Eine Nutzung durch den Nahverkehr bindet zum Beispiel den Flughafen Köln-Bonn besser an oder schafft einen verbesserten Anschluss an den Fernverkehr über die Schnellfahrstrecke nach Frankfurt.

14.27 Modul Güterverkehr in die Regionen

Für die Feinverteilung des schienengebundenen Güterverkehrs ist es erforderlich, auf den Regionalstrecken der Eisenbahn Fahrplantrassen für den Güterverkehr im längerfristigen Bedarfsfall auf jeden Fall zu schaffen. Die Begründung, dass Verkehre außerhalb der Streckendienstzeiten liegen würden oder mit dem Regionalverkehr kollidieren, darf unserer Ansicht nach nicht für eine Ablehnung von Verkehrsangeboten reichen. Die Reduzierung der Strecken auf ein betriebswirtschaftliches Minimum hat DB Netz AG zu verantworten. Deshalb hat DB Netz AG im Bedarfsfall in gleicher Schnelligkeit auch neue Möglichkeiten zu schaffen, die Verkehre doch abzuwickeln. Die Wiederherstellung von Schieneninfrastruktur liegt in der Baulast des Infrastruktur-Trägers. Dem Verkehrsbetreiber dürfen nur die Trassenbenutzungspreise abverlangt werden.

14.28 Modul Bündelung von Transitverkehr auf der Schiene

Durch geeignete Angebote im europäischen Verbund muss der Transitverkehr auf der Schiene attraktiver werden als ein Transitverkehr per Lkw. Lkw-Verkehr benötigt übermäßig viel Platz, verursacht höhere Ausbau- und Wartungskosten und verstopft unnötig die Autobahnen und in den vorgeschriebenen Ruhezeiten der Fahrer Parkplätze. Lkw-Verkehr ist auch auf Erdöl angewiesen. Angesichts geopolitisch umkämpfter und begrenzter Vorräte an diesem Rohstoff bietet der Lkw-Verkehr keine Verlässlichkeit im Hinblick auf Preis und Zukunftsfähigkeit.

NRW:Landesparteitag 2010.2/Kultur

Aus Piratenwiki

< [NRW:Landesparteitag 2010.2](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Dies sind die Vorschläge für den Themenbereich Kultur im Wahlprogramm der NRW-Piraten zur Landtagswahl 2010.

Um auf der LMV die vorgeschlagenen Wahlprogrammmodule möglichst schnell abstimmen zu können, sollen möglichst viele NRW-Piraten bereits im Vorfeld eine Meinung zu dem Modul in einer Doodle-Umfrage abgeben. Dies ist keine endgültige Stimmabgabe, sondern dient nur dazu, die Abstimmungen auf der LMV sinnvoll strukturieren zu können

[Doodle Umfrage](#)

Inhaltsverzeichnis

[Verbergen]

- [1 31.1: Vorwort und Grundsatzaussagen](#)
 - [1.1 31.1.1: Die Kunst ist ein Stützfeiler unserer Gesellschaft.](#)
 - [1.2 31.1.2: Vernetzung zur Förderung und Stärkung der Kultur](#)
- [2 31.2: Rundfunk und Medien](#)
 - [2.1 31.2.1a: Vorwort Bürgerfunk \(Variante 1\)](#)
 - [2.2 31.2.1b: Vorwort Bürgerfunk \(Variante 2\)](#)
 - [2.3 31.2.2: Förderung von Bürgerfunk](#)
 - [2.4 31.2.3: Fremdsprachige Inhalte im Bürgerfunk](#)
 - [2.5 31.2.4: Neuregelung der Sendezeitbegrenzung im Bürgerfunk](#)
 - [2.6 31.2.5: Förderung des Bürgerfunks über Neue Medien](#)
 - [2.7 31.2.6: Lockerung der regionalen Beschränkung für Bürgerfunkproduktionen](#)
 - [2.8 31.2.7: Förderung von Sprachkultur im Radio](#)
- [3 31.3: Förderung von Museen und Kunstsammlungen](#)
 - [3.1 31.3.1: Vorwort Museen und Kunstsammlungen](#)
 - [3.2 31.3.2: Zugang zu Kultur erleichtern](#)
 - [3.3 31.3.3: Erhaltung von Kulturgut in Museen und Kunstsammlungen](#)
- [4 31.4: Vorwort Bibliotheken/Literatur](#)
 - [4.1 31.4.1: Zugang zu Bibliotheksmitteln erleichtern](#)
 - [4.2 31.4.2: Bessere Ausstattung von Bibliotheken](#)
- [5 31.5: Förderung von Laiengruppen und Nachwuchskünstlern](#)
- [6 31.6: Vernetzung von Künstlern](#)
- [7 31.7: Grundaussage/Vorwort zur Nachwuchsförderung](#)
 - [7.1 31.7.1: Stärkung von kreativen Fähigkeiten](#)
 - [7.2 31.7.2: Modellversuch: Förder- & Kulturzentren](#)
 - [7.3 31.7.3: Förderung von Offenen Arbeitsstrukturen](#)
 - [7.4 31.7.4: Förderung von Nischenbereichen, neuen Kunstformen und jungen Künstlern](#)
 - [7.5 31.7.5: Angebote für Subkulturen](#)
- [8 31.8: Freie Lizenzen fördern](#)
- [9 31.9: Vorwort Spiele](#)
 - [9.1 31.9.1: Förderung von \(digitalen\) Spielen als Kulturgut](#)
 - [9.2 31.9.2: Förderung von eSport](#)
- [10 31.10: Kulturelle Förderung für Suchtgefährdete und Suchtkranke](#)
- [11 31.11.1: Kulturelle Förderung von Clubkultur und Nachtleben](#)
 - [11.1 31.11.2a: Neuregelung des Tanzverbotes \(Variante 1\)](#)
 - [11.2 31.11.2b: Neuregelung des Tanzverbotes \(Variante 2\)](#)
 - [11.3 31.11.3: Kulturlandkarte NRW](#)

31.1: Vorwort und Grundsatzaussagen

31.1.1: Die Kunst ist ein Stützfeiler unserer Gesellschaft.

Die NRW-Piraten sehen Kunst und Kultur als einen Eckpfeiler unserer Gesellschaft an. Nicht nur

die klassischen Elemente von Kunst und Kultur, auch und gerade die moderne kulturelle Entwicklung ist ein notwendiger Teil des alltäglichen Lebens. Hierbei ist es wichtig, nicht nur im Wahljahr, das geprägt ist durch die Kulturhauptstadt Ruhr 2010, sondern langfristig und beständig für Förderung und Erhalt kultureller Errungenschaften zu sorgen, insbesondere in einem breiten, zukunftssträchtigen Spektrum.

Kunst und Kultur schaffen es, den Bogen zwischen Tradition, Geschichte und der Moderne zu spannen. So ist das Land NRW einzigartig durch Bergbau, Industrie und regionale Mundarten geprägt, aber auch durch die demographischen Strukturen, die es aufstrebenden Künstlern erlauben, sich individuell zu entfalten.

Die Vielseitigkeit von Kunst und Kultur sollte generationenübergreifend für alle Bürger des Landes erfahrbar sein. Eine breite Palette von Möglichkeiten durchzieht NRW, dies sollte genutzt und ausgebaut werden.

Carravagio hat das Licht in die Malerei gebracht, Rembrandt den Schatten. J.S. Bachs Temperiertes Klavier hat den Weg frei gemacht für Orchestermusik, wie wir sie kennen. Theater und Literatur sind entwickelt worden von Shakespeare, Molière, Schiller, Goethe. Diese ganze Entwicklung lief im frühen 20. Jahrhundert aus, weil die technischen Aspekte aller Künste ausgereizt waren. Hier beginnt die klassische Moderne mit Paul Cézanne, Pablo Picasso, James Joyce, Arnold Schönberg und Anton Webern. Dieser Weg von der Lösung fundamentaler technischer Probleme - es seien da Vinci und die Zentralperspektive genannt - hin zur Moderne, zur geistigen Betrachtung und zur Abstraktion, zeichnet die Evolution menschlichen Bewusstseins nach und markiert die Meilensteine auf dem Weg zu einer zivilisierten intelligenten Spezies.

Deshalb ist es selbstverständlicher Teil piratischer Kulturpolitik, die Produkte dieser Entwicklung zu bewahren und den Bürgern zugänglich zu machen. In gleicher Weise fühlen sich die NRW-Piraten der zeitgenössischen Moderne verpflichtet, der Kunst, die in all ihren Möglichkeiten hier und jetzt stattfindet. Wir wollen die Förderung des Nachwuchses, die Weiterentwicklung des Konzepts "Kunst" durch heutige Künstler im Land NRW vorantreiben. Hier muss von der Politik dringend mehr getan werden. Die NRW-Piraten wollen genau das.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.1.2: Vernetzung zur Förderung und Stärkung der Kultur

Die bisherige Politik unterstützt primär die Mainstreamkultur und etablierte Institutionen. Unkonventionelle, zeitgemäße Projekte werden zumeist aus privater Hand finanziert. Hier gilt es, das Prinzip der Vernetzung zu nutzen und als Staat Hand in Hand mit privaten und bereits staatlich etablierten kulturellen Betrieben zu arbeiten.

Vernetzung ist in der heutigen Zeit unumgänglich geworden und hat die Kultur sowie die Generierung von kulturellem und kreativem Potenzial durch die technischen Möglichkeiten wie das Internet von Grund auf geändert. Die Vernetzung findet digital wie analog in hoher Dichte statt. Seien es die sozialen Netzwerke, die Menschen zusammenbringen, Projekte zur offenen und vernetzten Gestaltung von Arbeit und Hobby oder auch freie Radiocommunities, die es dem Bürger möglich machen, sich wie nie zuvor in der Kulturgeschichte kreativ und wahrnehmbar zu verwirklichen.

Dieses Vernetzungsprinzip sollte Basis jeglicher Kulturpolitik sein, die in Zukunft Bestand haben möchte. Hier gilt es nicht, eine Idee prinzipiell über jegliche kulturelle Arbeit zu stützen, sondern vielmehr die Möglichkeit einer breiten Vernetzung zu bieten, falls diese vonnöten sein sollte. Menschen, die sich aktiv am kulturellen Leben beteiligen können, sind Menschen die sich ernst genommen fühlen und nicht mehr nach dem simplen Brot-und-Spiele-Konzept passiv auf Berieselung warten. Dies gilt vor allem, wenn der Einzelne für seine Partizipation nicht viel

Aufwand betreiben muss, wie es die moderne Technik etwa erlaubt.

Kulturelle Strukturen verändern sich, werden durch das Internet und die breite Beteiligung von Bürgern am aktuellen Diskurs zugänglicher und vielfältiger. Die Möglichkeit allein, sich beteiligen zu können, erzeugt einen Willen, sich auch hier sinnvoll weiterzubilden, um weiterhin am Ball bleiben zu können oder gar einen wichtigen Beitrag zur Kultur leisten zu können.

Kultur und Bildung gehen Hand in Hand. Ohne Bildung kann keine Kultur stattfinden. In einer Welt, in der nur wenige Zugang zu Bildung haben, wird die altbekannte "von oben nach unten"-Struktur bestehen bleiben und weiter gefestigt.

Die Aufgabe der zeitgemäßen Kulturpolitik ist es, den neuen freien und partizipativen Bedingungen einen fruchtbaren Boden zu bieten. Anstatt Bürger in ihrer kulturellen Kreativität zu hindern, sollten diese vielmehr gefördert und unterstützt werden. So wird auch auf kultureller Ebene das Verständnis für Demokratie und Beteiligung gestärkt und genährt.

Anhand vieler Beispiele sehen wir, dass bereits zahlreiche Strukturen entstehen, die einfach in ein staatlich unterstütztes Gefüge mit eingebunden werden können. Das Vernetzungsprinzip sollte, angepasst an den jeweiligen kulturellen Bereich, durchdacht und bei Eignung angewandt werden.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.2: Rundfunk und Medien

31.2.1a: Vorwort Bürgerfunk (Variante 1)

Der Bürgerfunk ist eine der letzten verbliebenen Möglichkeiten, sich aktiv an der Gestaltung von Rundfunkproduktionen zu beteiligen. Die derzeitige Landesregierung hat diese Möglichkeiten im Jahr 2007 massiv eingeschränkt, ohne Alternativen wie zum Beispiel offene Kanäle aufzuzeigen und zu stärken. Die NRW-Piraten wollen dafür Sorge tragen, dass der Bürgerfunk in NRW erhalten bleibt und die Änderungen aus dem Jahr 2007 auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft werden.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.2.1b: Vorwort Bürgerfunk (Variante 2)

Der Bürgerfunk ist eine der letzten verbliebenen Möglichkeiten, sich aktiv an der Gestaltung von Rundfunkproduktionen zu beteiligen. Die derzeitige Landesregierung hat diese Möglichkeiten im Jahr 2007 massiv eingeschränkt, ohne Alternativen wie zum Beispiel offene Kanäle aufzuzeigen und zu stärken. Die NRW-Piraten wollen dafür Sorge tragen, dass der Bürgerfunk in NRW erhalten bleibt und die Änderungen aus dem Jahr 2007 rückgängig gemacht werden.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.2.2: Förderung von Bürgerfunk

Der Bürgerfunk in NRW unterscheidet sich sehr stark vom Bürgerfunk der anderen Bundesländer. Es existieren in NRW keine offenen Radiokanäle auf regionaler Ebene. Es gibt lediglich die Pflicht der Lokalradios, Bürgerfunk auszustrahlen. Die technischen Rahmenbedingungen zur Verbreitung des Bürgerfunks sind dadurch im Allgemeinen hervorragend. Andererseits steht nur eine sehr geringe Sendezeit zur Verfügung.

Eine Förderung für Radiowerkstätten oder gesendete Beiträge durch die Landesanstalt für Medien findet nicht statt. Lediglich Schulprojekte und Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsangebote werden unterstützt. Deshalb regen wir an, dass die Landesanstalt für Medien eine Sockelförderung von Bürgerfunkstudios anstrebt, damit diese ihre laufenden Kosten besser bewältigen können.

Die NRW-Piraten setzen sich ebenfalls für eine Förderung einzelner, bevorzugt öffentlicher Studios ein, die gemeinnützig betrieben werden. So hat jeder Bürger die Möglichkeit und das Recht, eigene Sendungen produzieren zu können.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.2.3: Fremdsprachige Inhalte im Bürgerfunk

Bei der Novellierung des Landesmediengesetzes im Jahr 2007 wurden fremdsprachige Sendungen im Bürgerfunk untersagt. Dies stellt in unseren Augen einen Mangel dar. Gäste und Migranten sollten auch Sendungen in Ihrer Muttersprache hören können. Sendungen könnten mehrsprachig, in deutsch und anderen Sprachen produziert werden. So können deutsche Zuhörer Sendungen in ihrer Sprache verfolgen und Migranten, mehrsprachige Hörer und Gäste in anderen Sprachen zuhören. Dies unterstützt darüber hinaus die Möglichkeit, eine andere Sprache kennen und verstehen zu lernen.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.2.4: Neuregelung der Sendezeitbegrenzung im Bürgerfunk

Die NRW-Piraten sind nicht bereit, die pauschale Begrenzung der Sendezeit auf maximal eine Stunde pro Tag mitzutragen. Die Sendezeiten des Bürgerfunks müssen flexibilisiert und an regionalen Bedürfnissen ausgerichtet werden.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.2.5: Förderung des Bürgerfunks über Neue Medien

Der Bürgerfunk soll neben dem klassischen Modell der Sendezeit auf lokalen Rundfunksendern zusätzlich über neue Kommunikationswege gefördert werden. Das Internet bietet hierfür eine ergänzende Möglichkeit, Sendungen zu verbreiten. Sendungen des Bürgerfunks sind somit über eine weitere alternative Quelle verfügbar und einer größeren Zielgruppe zugänglich. Die NRW-Piraten wollen daher die Möglichkeiten einer Realisierung überprüfen und bei Umsetzbarkeit eine

zusätzliche Verbreitung von Bürgerfunk über das Internet anstreben. Das stellt eine Ergänzung zu den Bemühungen dar, Online-Streams anzubieten. Der Bürgerfunk erhält hierdurch eine völlig neue Plattform, um auch Sendungen anderer Regionen zu bewerben und zu präsentieren.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.2.6: Lockerung der regionalen Beschränkung für Bürgerfunkproduktionen

Seit Inkrafttreten der Änderungen am Landesmediengesetz, die von der derzeitigen Landesregierung beschlossen wurden, müssen Bürgerfunker im jeweiligen Sendegebiet wohnen. Dies schränkt unter anderem die Möglichkeiten für einen überregionalen Erfahrungsaustausch massiv ein. Ebenso müssen Beiträge einen Bezug zum Sendegebiet haben. Dies ist zwar prinzipiell wünschenswert, schränkt aber die inhaltlichen Möglichkeiten erheblich ein.

Die NRW-Piraten wollen daher die Beschränkungen lockern, um den einzelnen Bürgerfunkern mehr Freiheiten für die eigene Programmgestaltung zu ermöglichen.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.2.7: Förderung von Sprachkultur im Radio

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat den Auftrag, sich der Minderheiten in der Gesellschaft zu widmen. Hierzu zählen insbesondere Migranten und mehrsprachige Mitbürger. Diesem Auftrag kamen die öffentlich-rechtlichen Radiosender lange Zeit nach. Im Jahr 2010 jedoch hat der WDR, der mit dem Funkhaus Europa einen der wenigen aktiven, multilingualen Sender in Deutschland betreibt, beispielsweise die Sendezeiten in türkischer Sprache gekürzt. Im heutigen Angebot der Radiostationen finden sich bundesweit immer weniger mehrsprachige Programminhalte. Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk den bisherigen Anteil an fremdsprachigen Inhalten nicht weiter einschränkt. So kann eine kulturelle und sprachliche Vielfalt gewährleistet werden, die in der EU-Grundrechtecharta festgelegt ist: "Die Europäische Union respektiert die sprachliche Vielfalt."

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.3: Förderung von Museen und Kunstsammlungen

31.3.1: Vorwort Museen und Kunstsammlungen

Museen und Kunstsammlungen dokumentieren in unverzichtbarer Weise unsere kulturelle Geschichte und sind elementar für den Erhalt zeitgenössischer Formen der Kunst. Die NRW-Piraten treten dafür ein, dass der Betrieb von Museen und Kunstsammlungen sowie der Erhalt historischer Gebäude auch weiterhin ein Politikziel in NRW bleibt. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet hat gezeigt, dass eine lebendige Kunstszene essentieller Teil eines lebenswerten urbanen Raumes ist

und dass das Stadtbild verarmt, wo es nicht gelingt, historische Bausubstanz zu erhalten und zu restaurieren.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.3.2: Zugang zu Kultur erleichtern

Museen bieten viele Möglichkeiten den eigenen kulturellen Horizont zu erweitern, Altes und Neues kennenzulernen, zu lernen und Spaß am Entdecken zu haben. Es ist daher von großer Bedeutung, dass Museen gefördert werden, da sie sowohl Bildung als auch Freizeit gestalten können. Jeder Bürger muss barrierefreien und erschwinglichen Zugang zu Museen, und damit zu Wissen, Geschichte und Kultur haben können.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.3.3: Erhaltung von Kulturgut in Museen und Kunstsammlungen

Um das Sammeln, Vermitteln und Erhalten von Kulturgut dauerhaft leisten zu können, ist es erforderlich, langfristig die dazu benötigten Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.4: Vorwort Bibliotheken/Literatur

Die NRW-Piraten betrachten gedruckte Bücher als eine wertvolle Kulturform. Literatur hilft uns, die Welt aus anderen als der eigenen Perspektive zu sehen, Sach- und Fachbücher sind unverzichtbar, wenn es darum geht, Wissen zu bewahren und zu verbreiten. Der freie Zugang zu Wissen und Informationen ist ein zentraler Bestandteil unserer Politik.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.4.1: Zugang zu Bibliotheksmitteln erleichtern

In Bereichen ohne direkten Zugang zu Stadt(-teil)bibliotheken oder in ländlichen Regionen sollen Möglichkeiten geschaffen werden, um Bücher und Medien der nächstgelegenen Bücherei auf Bestellung auszuleihen und zurück zu geben. Hierzu bieten sich zum Beispiel die vorhandenen Bürgerbüros an.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.4.2: Bessere Ausstattung von Bibliotheken

Die NRW-Piraten streben an, die Finanzmittel für Bibliotheken langfristig zu sichern und ein breiteres Spektrum an Werken bereitzustellen. Die Literatur ist eine wichtige Form der Kultur. Das kulturelle Angebot muss ständig aktualisiert und der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.5: Förderung von Laiengruppen und Nachwuchskünstlern

Es gibt in den meisten Städten und Regionen Laientheater-Spielgruppen, Nachwuchsmusiker und andere kreativ engagierte Mitbürger. Für diese ist in der Regel keine staatliche Förderung vorgesehen, lediglich einige Leuchtturmprojekte erhalten Förderung vom Land oder den Kommunen. Förderung muss nicht zwingend über ein finanzielles Budget geschehen. Stattdessen können für den kreativen Nachwuchs Präsentationsflächen und Proberäume in staatlichen und kommunalen Immobilien zur Verfügung gestellt werden.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.6: Vernetzung von Künstlern

Eine überregionale Vernetzung von Künstlern und Künstlergruppen ermöglicht diesen, ihr künstlerisches und kulturelles Schaffen einem breitem Publikum zu präsentieren, mit anderen Künstlern gemeinsame Projekte zu gestalten, sich auszutauschen und zu ergänzen. Das Publikum erhält so ebenfalls ein breites Spektrum an Angeboten. Diese Vernetzung soll vom Land NRW gefördert werden.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.7: Grundaussage/Vorwort zur Nachwuchsförderung

Die Nachwuchsförderung ist die Grundlage der zukünftigen kulturellen Entwicklung. Neue Kunstformen und kulturelle Beiträge müssen umfassend gefördert und ausgebaut werden. Hierbei gilt es ein möglichst breites Spektrum zu unterstützen und neue Wege, insbesondere durch Nutzung moderner Kommunikationstechniken, zu beschreiten.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.7.1: Stärkung von kreativen Fähigkeiten

Die frühzeitige Förderung von Interessen bei Kindern und Jugendlichen ist derzeit nur in Ansätzen vorhanden. Gerade hier müssen Fähigkeiten frühzeitig erkannt und gefördert werden. Die NRW-Piraten wollen daher Konzepte nach Vorbild von "Jedem Kind ein Instrument" aufgreifen und auf andere künstlerische Themenfelder ausweiten. Wir setzen uns für die Verbesserung der Angebote für Kinder und Jugendliche ein. Insbesondere wollen wir die Förderung junger Talente und deren Fähigkeiten in Vereinen, Organisationen, Verbänden und Schulen verbessern.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.7.2: Modellversuch: Förder- & Kulturzentren

Im Bereich der Breitenförderung gibt es in der Kulturpolitik gravierende Defizite. Angebote an Subkulturen und Jugendliche, die den kreativen Nachwuchs stellen, werden häufig nur als Beschäftigungsangebote in sozialen Brennpunkten betrachtet. Neue Ideen gehen so oft verloren, unbekannte Künstler bleiben unbekannt. Gerade in diesen Bereichen müssen Talente frühzeitig erkannt und gefördert, Möglichkeiten ausgebaut und Rahmenbedingungen für eine künstlerische Entfaltung geschaffen werden. Die NRW-Piraten haben daher das Konzept der "Förder- und Kulturzentren" erarbeitet, das wir als Modellversuch umsetzen wollen. Förderzentren des Landes NRW haben den Vorteil, dass sie unabhängig von der Mitgliedschaft in Vereinen oder Organisationen für Jedermann nutzbar sind. Die Leitung soll durch ehrenamtliche Mitarbeiter erfolgen, die die Einrichtung im Konsensprinzip führen. Die Förderzentren sollten ein offenes Konzept nach Piratenvorbild sein: Es steht allen Besuchern offen. So ist auch eine Plattform zur Präsentation vorhanden. Außerdem können hier Treffpunkte zur Förderung von Interessenschwerpunkten wie etwa Hackerspaces, Vereine oder lose Interessengruppen, eingerichtet werden.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.7.3: Förderung von Offenen Arbeitsstrukturen

Co-Workingspaces sind Orte der gemeinsamen Arbeit und Vernetzung zum Vorteil der Einzelnen und der Gemeinschaft. Diese sind offene Arbeitsräume, oftmals mit Gastronomie verbunden oder auch offene Büro-WGs, welche zum Beispiel speziell für Homeworker oder Selbständige konzipiert wurden um durch gemeinsames Arbeiten und Netzwerken einen Mehrwert für jeden Einzelnen zu schaffen. Die NRW-Piraten setzen sich für die Förderung von offenen Arbeitsstrukturen ein. Als Beispiel sind hier Konzepte wie Hackerspaces, Hallenprojekte aber auch Vereine aus dem Bereich der Freizeitgestaltung zu nennen. Eine Förderung, die primär durch die Überlassung von Räumlichkeiten aus öffentlicher oder privater Hand vonstatten geht, nutzt bereits vorhandene Mittel und verlangt daher nicht nach teuren Neuinvestitionen. Die so geschaffenen Möglichkeiten bieten ein enormes Innovationspotenzial, das sich aus der Vernetzung und der gemeinsamen Arbeit an Projekten ergibt. Das gibt dem Bürger die Möglichkeit, seine Fähigkeiten zu spezialisieren und in Zusammenarbeit mit Anderen auszubauen. So werden soziale und auch berufliche Fähigkeiten gestärkt und erweitert.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.7.4: Förderung von Nischenbereichen, neuen Kunstformen und jungen Künstlern

Die Kulturpolitik dreht sich nach unserem Empfinden sehr stark um den "Mainstream"-Bereich. Gerade Künstler, die nicht bekannt sind oder abseits der anerkannten Kunstformen arbeiten, werden nicht ausreichend gefördert. Oft gibt es lediglich über Kunstvereine oder Mitgliedschaften in einschlägigen Organisationen Unterstützung. Neue Ideen gehen dabei oft verloren, da es den Künstlern nicht nur an finanziellen Mitteln fehlt, sondern auch an Möglichkeiten praktisch zu arbeiten oder sich zu präsentieren. Auch sind Angebote für Subkulturen nicht ausreichend vorhanden. Gerade in diesen Bereichen müssen Talente frühzeitig erkannt und gefördert werden.

Möglichkeiten sollen ausgebaut und somit Rahmenbedingungen für eine künstlerische Entfaltung geschaffen werden. Die NRW-Piraten fordern deshalb eine Stärkung der Förderung neuer, größtenteils unbekannter Kunstformen und die Schaffung eines breiteren kulturellen Spektrums. Die NRW-Piraten schaffen neue Möglichkeiten, um es jungen, unbekanntem oder aufstrebenden Künstlern zu ermöglichen, sich zu verwirklichen. Hierzu sollen die Betreuungen auf kommunaler Ebene von Seiten des Landes finanziell bezuschusst werden. Außerdem soll eine Vernetzung von Künstlern auf Landes- und Bundesebene mit Hilfe moderner Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen werden.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.7.5: Angebote für Subkulturen

Insbesondere im Jugendbereich neigt die bisherige Politik dazu "alle in einen Topf zu stecken" und Angebote auf soziale Brennpunkte oder den "Mainstream" auszurichten. Die NRW-Piraten fordern eine bessere Differenzierung und ein Angebot abseits des Mainstreams. Insbesondere die Förderung von Vereinen mit Bezug zu verschiedensten Formen von (Sub-) Kultur muss ausgebaut werden. Als Beispiel sind hier selbstverwaltete Projekte, Jugendzentren- und Werkstätten sowie Kultureinrichtungen, die sich an junge Musiker richten, zu nennen. Aber auch lose Gemeinschaften mit einem gemeinsamen, kulturellen Interesse sollten durch die Schaffung von speziellen Angeboten gefördert werden.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.8: Freie Lizenzen fördern

Freie Lizenzen bieten Künstlern eine alternative Möglichkeit, ihre Werke einfach und flexibel und ohne bürokratischen oder finanziellen Aufwand nach eigenen Wünschen zu schützen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Creative Commons Modell, das sich zunehmender Beliebtheit erfreut.

Die NRW-Piraten wollen daher freie Lizenzen thematisieren und fördern.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.9: Vorwort Spiele

Spiele, ob in klassischer analoger oder in digitaler Form sind Bestandteil unseres sozialen Zusammenlebens. Die NRW-Piraten erkennen den Vorgang des Spielens als wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung an. Insbesondere im Bereich der Jugendkultur sind moderne Spiele wie Computer- und Actionspiele nicht mehr wegzudenken. Die NRW-Piraten halten es für falsch, Spieler zu kriminalisieren, statt die eigentlichen, gesellschaftlichen Probleme zu lösen.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.9.1: Förderung von (digitalen) Spielen als Kulturgut

Video- und Computerspiele, klassische Spiele wie Brett-, Karten- aber auch Rollenspiele oder das

elektronisch unterstützte Geocaching und auch Sportspiele wie z.B. Paintball sind Kulturgüter und sollten als solche gefördert werden. Spielen fördert unabhängig vom Medium stets Lernprozesse und Kommunikation, Vernetzung und soziale Interaktion. Da sich viele Aufgaben im Spiel nur im Team lösen lassen, fördern sie mit Führungskompetenz und Teamfähigkeit auch gerade die Qualitäten, die im Arbeitsleben des 21. Jahrhunderts von essentieller Bedeutung sind. Spiele werden nicht nur von Kindern und Jugendlichen, sondern auch von Erwachsenen als Freizeitaktivität wahrgenommen. Sowohl Video- und Computerspiele als auch Actionsportarten sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Nutzung moderner Medien baut soziale sowie nationale Grenzen ab und fördert mit Online-Spielen das gegenseitige Verständnis. Video- und Computerspiele ermöglichen es Künstlern, neue Ausdrucksformen jenseits der klassischen Medien zu finden und bedürfen deswegen der Anerkennung als Kunstform. NRW ist Vorreiter der Kreativ- und eSports-Branche und somit ein kultureller Innovationsmotor. Aus diesen Gründen setzen sich die NRW-Piraten für die Anerkennung und Förderung der analogen und digitalen Spielekultur ein. Zensur- und Verbotsforderungen lehnen wir entschieden ab. Der verantwortungsbewusste Umgang mit dem Medium Video- und Computerspiel soll nicht durch Verbote, sondern durch Aufklärung und Schaffung von Medienkompetenz erreicht werden. Dies gilt für Heranwachsende sowie für Eltern.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.9.2: Förderung von eSport

eSport ist die Kurzbezeichnung für 'Elektronischer Sport', eine moderne Form des sportlichen Wettkampfs, die mit Computerspielen über das Internet oder auf LAN-Turnieren ausgetragen wird. Im Zuge des weltweiten Bandbreitenausbaus hat der eSport sich zu einer Breitensportart, insbesondere der Jugendkultur entwickelt. Das Land NRW nimmt mit einem der weltweit führenden Veranstalter eine tragende Rolle in dieser Sportart ein. eSport schafft dabei ein soziales Netz für die zahlreichen, jugendlichen Konsumenten von Online-Spielen. eSport holt Jugendliche bei einer ihrer bevorzugten Freizeitaktivitäten ab, vermittelt die Werte von sportlicher Fairness und Teamgeist und lässt sie an sozialen Veranstaltungen teilnehmen, online sowie vor Ort. Außerdem ermöglicht eSport körperlich beeinträchtigten Menschen in einem Sportverein aktiv zu werden. Daher engagieren sich die NRW-Piraten für die Förderung von eSport sowie dessen Vernetzung mit sozialen Projekten und der Vermittlung von Medienkompetenz bei Eltern und Schülern. Hierzu werden Kooperationen mit Schulen und regionalen eSport Veranstaltern angestrebt.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.10: Kulturelle Förderung für Suchtgefährdete und Suchtkranke

Insbesondere Konsumenten illegaler Drogen sind häufig gefangen im Kreislauf der Drogenbeschaffung, des Drogenkonsums und der Bewältigung ihres Tagesablaufs. Ein Ausbruch aus diesem Kreislauf ist ohne fremde Unterstützung oft nicht möglich. Suchtberatungsstellen in den einzelnen Kommunen tragen bereits seit Jahren ihren Teil dazu bei, einen organisierten Tagesablauf zu ermöglichen - sei es durch Streetworker, Szenetreffpunkte in Krankenhäusern und/oder JVs oder beispielsweise Kontaktläden, in denen es den Abhängigen ermöglicht wird ihren Alltag zu organisieren. Einige kommunale Beratungsstellen gehen noch einen Schritt weiter. Sie bieten ihrer Klientel die Möglichkeit sich am kulturellen Austausch zu beteiligen. Es werden Literatur-Lesungen von und für Abhängige, mit anschließender Diskussion angeboten; ebenso können eigene Texte

präsentiert werden. Des Weiteren werden Kunst-Ausstellungen von Werken Abhängiger, sei es Malerei oder Fotografie in den Räumen der Beratungsstellen durchgeführt. Theaterprojekte sind nur ein weiteres Spektrum. Unterstützt werden Einrichtungen zudem durch lokale Kulturvereinigungen. Der Effekt dieser Maßnahme ist unbestritten, den Abhängigen werden neue Wege aufgezeigt, das Selbstbewusstsein wird gestärkt und eine Resozialisierung wird vorangetrieben.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.11.1: Kulturelle Förderung von Clubkultur und Nachtleben

Die Clubkultur und das Nachtleben tragen sich zumeist selbst aus privaten Mitteln der Betreiber. Jedoch gibt es wenige Ausnahmen, die den Auftrag haben, lokaler Musikkultur etwa durch Landes- oder Kommunalmitteln eine Bühne bereitzustellen, oder junge Künstler aus der Region finden in staatlich geförderten Clubs und anderen Lokalitäten einen geeigneten Rahmen sich dem Publikum zu präsentieren. Die NRW-Piraten wollen diese Fördermaßnahmen beibehalten oder auch durch die kostengünstige Bereitstellung von öffentlichen Räumlichkeiten oder Gerätschaften, welche nicht mehr verwendet werden, erweitert fördern. Eine günstige Anbindung an den Nachtbusverkehr bietet ebenfalls eine einfache aber effektive Möglichkeit die regionale Infrastruktur im Nahverkehr effektiver auf das Club- und Nachtleben auszurichten. Ein reichhaltiges, kulturelles Angebot steigert die Attraktivität einer Region und fördert daher auch den Tourismus dorthin.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.11.2a: Neuregelung des Tanzverbotes (Variante 1)

An den sogenannten "Stillen Tagen" sind in NRW fast alle Veranstaltungen, die über "Schank und Speisebetrieb" hinaus gehen, untersagt. Dies betrifft neben Tanz- auch Sportveranstaltungen, Volksfeste, musikalische Darbietungen, Zirkus & Artistik, Freizeitanlagen, Theater und Filmvorführungen, sowie weitere gesellschaftliche Bereiche.

Die NRW-Piraten wollen nicht, dass der Staat hier in die Freiheit des Einzelnen unangemessen eingreift. Wir setzen uns dafür ein, das Tanzverbot in NRW zu überdenken.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.11.2b: Neuregelung des Tanzverbotes (Variante 2)

An den sogenannten "Stillen Tagen" sind in NRW fast alle Veranstaltungen die über "Schank und Speisebetrieb" hinaus gehen untersagt. Dies betrifft neben Tanz- auch Sportveranstaltungen, Volksfeste, musikalische Darbietungen, Zirkus & Artistik, Freizeitanlagen, Theater und Filmvorführungen, sowie weitere gesellschaftliche Bereiche.

Die NRW-Piraten regen an, die Beschränkungen zu überdenken und unter Beachtung gegenseitiger Rücksichtnahme neu zu regeln.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

31.11.3: Kulturlandkarte NRW

Die NRW-Piraten wollen eine "Kulturlandkarte" für NRW umsetzen. Betreibern kultureller Einrichtungen soll ermöglicht werden, sich zentral in eine Landkarte einzutragen. Regionale und überregionale Vernetzung wird so ermöglicht.

Es gibt viele bestehende Kulturangebote, viele Projekte und Vorhaben. Um diese übersichtlich an einer Stelle zu archivieren und auch geographisch einordnen zu können, schlägt die Piratenpartei die Einrichtung einer Kulturlandkarte für das Land NRW vor. Das von der Staatskanzlei ins Leben gerufene Konzept von www.kulturkenner.de wird für unzureichend betrachtet, da hier die Inhalte von Redakteuren einer externen Agentur ausgesucht werden. Hierbei werden Fördermittel eingesetzt, um begrenzte und teils einseitige Kulturinformationen zu liefern. Die Betreuung der Seite sollte vor allem dazu dienen, missbräuchliche Inhalte auszusortieren und die technische Infrastruktur zu warten. Durch die Anlegung eines Grundstocks an Informationen zum Start der Seite, erhält der Bürger einen Überblick und kann nach eigenem Ermessen weitere überprüfbare Inhalte hinzuzufügen. Ziel ist es, diese Kulturlandkarte als neutrales, flächendeckendes Kulturportal zu etablieren.

Autoren:AK Kultur

[Link zum Arguliner](#)

Benutzer:Robi.kraus/Anträge/LTW NRW 2010/VorNachwort

Aus Piratenwiki

< [Benutzer:Robi.kraus](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Dies sind die Vorschläge für ein Vor- und Nachwort im Wahlprogramm der NRW-Piraten zur Landtagswahl 2010.

[Doodle Umfrage](#)

Inhaltsverzeichnis

[[Verbergen](#)]

- [1 60.1: Vorwort](#)
- [2 60.2: Wir sind PIRATEN](#)
- [3 Grundsätze](#)
 - [3.1 60.3 Bürgerrechte](#)
 - [3.2 60.4: Kultur und Bildung](#)
 - [3.3 60.5: Rolle des Staates](#)
 - [3.4 60.6:](#)
 - [3.5 60.7: Rolle des Bürgers](#)
- [4 60.8: Nachwort](#)

60.1: Vorwort

Ahoi!

Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

wir möchten Sie mit unseren Inhalten überzeugen, uns am 9. Mai 2010 bei der Landtagswahl NRW Ihre Stimme zu geben. Wir zeigen Ihnen in unserem Wahlprogramm, wie wir die Politik in NRW mitgestalten werden.

Falls Sie uns noch nicht kennen: Wir sind die Piratenpartei. Seit unserer Gründung vor fast 4 Jahren sind wir stetig gewachsen und uns wurden zuletzt bei der Bundestagswahl 2% der Stimmen gegeben. -Das ist noch nicht viel, aber jeder fängt ja mal klein an.

Hin und wieder haben wir gehört, dass wir ja nur eine Ein-Themen-Partei seien. Aber schon unsere Kernpunkte wie Direkte Demokratie, Bürgerrechte & -beteiligung, Privatsphäre, Datenschutz, Verbraucherschutz, Transparenz, Infrastrukturmonopole, Bildung, Kultur, Urheber- & Patentrecht und Open Access beeinflussen nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Wir legen unser Augenmerk auf unsere Kernbereiche, da sie in der politischen Diskussion oft in den Hintergrund geraten oder nicht mit der nötigen Sachlichkeit & den wissenschaftlichen Methoden angegangen werden. Die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Privatsphäre wurden über viele Generationen hart erkämpft und dürfen jetzt nicht einfach wieder geopfert werden. Zudem wollen wir die neuen Möglichkeiten in der Informationsgesellschaft positiv nutzen und fördern. Diese Grundgedanken haben wesentlich zur Gründung der Piratenpartei beigetragen.

Darüber hinaus haben wir uns zusätzliche Themenfelder erschlossen. Wir haben uns zusammengesetzt und in Arbeitskreisen sowie auf programatischen Treffen weiter an unseren Inhalten gefeilt. Sie sehen auf den folgenden Seiten, dass wir jetzt ganz klar Stellung zu vielen Landesthemen nehmen.

Wir beziehen alle mit ein. Reden und streiten Sie mit uns. Klagen Sie uns Ihre Probleme und machen Sie uns auf Missstände aufmerksam. Beeinflußen Sie die Politik in Ihren Land mit.

Gehen Sie am 9. Mai zur Wahl, geben Sie uns Ihre Stimme und dann geben wir Ihnen eine Stimme!
Klarmachen zum ändern!

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

60.2: Wir sind PIRATEN

Wir sind KEINE Kriminelle, Raubkopierer, Seeräuber, Pädophilie, Eintagsfliege, Ein-Themen-, Internet- oder Protestpartei. Wir sind eine Bürgerrechtspartei, wir sind Teil einer globalen Bewegung der Informations- und Wissensgesellschaft, die sich für eine moderne Demokratie und für eine Wissensallmende einsetzt. Wir sind nicht links oder rechts, wir sind vorwärts gerichtet. Wir sind frei von ideologischen Scheuklappen und streben den sachlichen, wissenschaftlichen Diskurs an. Wir sind inhaltlich PIRATEN, aber deshalb müssen wir nicht säbelrasselnd durch die Straßen rennen. Wir sind lupenreine Demokraten, die ihre Grundrechte gegen Staat und Wirtschaft verteidigen, weil das unsere höchste Priorität ist. Die PIRATEN stehen für Freiheitsliebe, gegen Überwachung und Einschränkung, für Selbstbestimmung, gegen einen Generalverdacht und die Pflicht, sich dem Staat gegenüber jederzeit zu rechtfertigen. Wir sind stolze PIRATEN, denn

- PIRATEN sind frei
- PIRATEN handeln nur freiwillig
- PIRATEN leben privat
- PIRATEN fragen nach
- PIRATEN fördern freies Wissen, Bildung & Kultur
- PIRATEN machen die Klappe auf
- PIRATEN haben Achtung vor dem Leben
- PIRATEN sind friedlich
- PIRATEN zeigen Zivilcourage
- PIRATEN sind tolerant und gegen Diskriminierung
- PIRATEN denken auch an andere
- PIRATEN zerschlagen Gordische Knoten

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

Grundsätze

60.3 Bürgerrechte

- Bekenntnis zu den Bürgerrechten. Die den Bürgern im Grundgesetz garantierten Rechte und Freiheiten müssen respektiert werden. Jede gesetzliche Einschränkung dieser Rechte und Freiheiten ist kritisch zu hinterfragen, und falls möglich abzuschaffen.
- Bekenntnis zur Chancengleichheit. Niemand soll vom Staat aufgrund seines Geschlechts, seiner Religion, seiner Hautfarbe, seines Elternhauses, seiner Sexualität oder aufgrund eines objektiv irrelevanten Grundes in seinem Streben nach Glück behindert werden.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

60.4: Kultur und Bildung

- Priorität von Bildung. Die Piratenpartei setzt sich für einen größtmöglichen Zugang der Bürger zu Wissen und Bildung ein. Dazu gehört, dass durch staatliche Mittel entstandene Texte unter offenen Lizenzen veröffentlicht werden, dass der Staat ein breites mit Steuern finanziertes Bildungsangebot bietet (das schließt Schule und Studium ein), und dass durch Steuern finanzierte öffentliche Zugänge zum Internet bereit gestellt werden.
- Ablehnung von Zensur. Eine Zensur findet von Seite des Staates nicht statt. Informationen dürfen durch den Staat weder einen Nachteil, noch Falschinformationen einen Vorteil erfahren. Der Staat beschränkt sich bei Informationsverbreitung auf öffentliche Bekanntmachungen und Gesetzesblätter.
- Nutzbarkeit von Daten. Nutzungsbeschränkungen von Daten hemmen Kreativität und Fortschritt. Daher sollen Besitzansprüche auf geistige Werke und Lösungen auf ein Minimum reduziert werden. Die private Nutzung soll generell kostenlos sein, da die Kontrolle umfassende Überwachung benötigen würde. Ein Ausgleich für die Künstler wird aus Staatsmitteln finanziert.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

60.5: Rolle des Staates

- Sparsamkeit des Staates. Der Staat hat mit den vom Bürger in Form von Steuern erhobenen Mitteln sorgsam und sparsam umzugehen. Der Staat hat nicht mehr Geld auszugeben als er durch Steuern einnimmt. Sind Schulden vorhanden, so ist jedes Jahr etwas davon zu tilgen.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

60.6:

- **Transparenz des Staates.** Der Staat hat die größtmögliche Menge an Informationen über sich zu veröffentlichen. Alle Aktivitäten des Staates, alle Entscheidungsfindungen, Ein- und Ausgaben sollen für seine Bürger jederzeit nachprüfbar sein. Im besonderen Maße gilt dies für Wahlen. Wahlen sind so zu organisieren, dass Betrug bei Überprüfung auffallen muss.
- **Zurückhaltung des Staates.** Der Staat hat nicht mehr als die unbedingt nötige Menge an personengebundenen Informationen über seine Bürger zu erheben. Der Staat hat zu regeln, dass auch Unternehmen nicht mehr personengebundene Informationen erheben als unbedingt nötig. Sowohl der Staat als auch die Unternehmen haben auf Nachfrage kostenlos Auskunft zu erteilen, welche Daten über den Nachfragenden gespeichert sind.
- **Förderung von Nachhaltigkeit.** Der Staat hat nachhaltig zu wirtschaften, und den Unternehmen Anreize zu bieten, dies ebenfalls zu tun. Das bedeutet, dass einerseits Ressourcen zu schonen und Natur und Artenvielfalt zu erhalten sind, soweit es praktikabel ist. Andererseits ist technologischer Fortschritt und der Aufbau moderner Fertigungskapazitäten zu fördern, da technologischer Stillstand nicht umsetzbar, und für die Zivilisation tödlich wäre.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

60.7: Rolle des Bürgers

- **Gesetzgebung durch die Bürger.** Bürger sind im höchstmöglichen Maß in das Gesetzgebungsverfahren einzubeziehen. Nach Schaffung der technischen Voraussetzungen (und ausgiebiger Erprobung in der Praxis) soll jedem wahlberechtigten Bürger volle direkte oder indirekte Mitwirkung am Gesetzgebungsverfahren möglich sein, bei jederzeit freier Wahl seines Vertreters. Das Stimmgewicht eines Vertreters soll direkt proportional sein zur Zahl der Bürger, die den Vertreter momentan gewählt haben.
- **Innerparteiliche Demokratie.** Die Piratenpartei wird das im Punkt "Gesetzgebung durch den Bürger" beschriebene Prinzip anwenden, um die Position der Partei im Gesetzgebungsverfahren zu ermitteln, wann immer noch kein Beschluss der Parteimitglieder vorliegt. Sollte dies aus zeitlichen oder organisatorischen Gründen nicht möglich sein, so werden die Vertreter der Piratenpartei nach dem Grundsatzprogramm abstimmen, oder sich enthalten, falls die Position aus dem Grundsatzprogramm nicht eindeutig ableitbar ist.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

60.8: Nachwort

Sie wollen auch PIRAT sein?

- **Lebe frei!**

PIRATEN sind freiheitsliebend, unabhängig und selbstbestimmt. Dies beinhaltet auch, dass Parteizwang ebenso wie jeder Verhaltenskodex als blinder Gehorsam abgelehnt wird und dass die Entscheidungsfreiheit erhalten bleibt.

- Habe Recht!

Wer seine Rechte nicht kennt, kann sich auch nicht auf sie verlassen. Sorgen Sie also dafür, dass Sie die Gesetze und Ihre Grundrechte kennen.

- Bleib ehrlich!

PIRATEN sind unbestechlich und spielen mit offenen Karten. Nur wer seine Beweggründe offen nennt, bleibt vertrauenswürdig. (PIRATEN gehen verantwortungsbewusst mit dem Vertrauen der Wähler um)

- Verzichte auf Gewalt!

PIRATEN haben Achtung vor jeglicher Form von Leben. Todesstrafe, Tötung von Tieren aus Spaß und die Zerstörung von Natur und Umwelt, Krieg und Tyrannei lehnen wir daher ab.

- Teile Wissen - Wissen ist Macht!

Wissen ist für PIRATEN das höchste Gut. Deshalb setzen sie sich für eine freie Wissensgesellschaft ein. Wissen zu teilen ist der Schlüssel zum Erfolg. PIRATEN engagieren sich ebenso für freie Bildung und gleiche Bildungschancen für Alle.

- Verstehe das System!

PIRATEN ergründen die Hintergründe von Regelungen und Bestimmungen und vereinfachen sie so, dass sie für alle verständlich, transparent und nachvollziehbar werden.

- Denke einfach!

Was PIRATEN anpacken, machen sie so einfach wie möglich und so kompliziert wie nötig. PIRATEN wollen, dass jeder die Spielregeln versteht. PIRATEN setzen sich für eine klare Begriffssprache ein und sind daher verständlich.

- Machs selbst!

PIRATEN warten nicht darauf, dass andere etwas für sie tun. Sie beteiligen sich aktiv an der politischen Willensbildung ihrer Gesellschaft.

- Sei kritisch!

PIRATEN nehmen nichts für gegeben hin. Sie hinterfragen, und bedienen sich dabei ihres eigenen Wissens. Dabei nutzen sie die Originalquellen und Medien kompetent.

- Sei laut!

PIRATEN vertreten ihre Meinung, wenn ihnen etwas nicht passt. Sie stehen für ihre Standpunkte ein. Sie haben keine Angst gegen den Wind zu segeln.

- Sei neugierig!

PIRATEN sind offen für neue Wege. Andere Lösungen sehen und sich nicht von alten Mustern einnehmen lassen.

- Sei geradlinig!

PIRATEN sind konsequent! Inkonsequenz ist die Grenze der Dummheit, sie ist zugleich ihr Beweis.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

NRW:Landesparteitag 2010.2/Bildungspolitik

Aus Piratenwiki

< [NRW:Landesparteitag 2010.2](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Dies sind die Vorschläge für den Themenbereich Bildung im Wahlprogramm der NRW-Piraten zur Landtagswahl 2010.

Um auf der LMV die vorgeschlagenen Wahlprogrammmodule möglichst schnell abstimmen zu können, sollen möglichst viele NRW-Piraten bereits im Vorfeld eine Meinung zu dem Modul in einer Doodle-Umfrage abgeben. Dies ist keine endgültige Stimmabgabe, sondern dient nur dazu, die Abstimmungen auf der LMV sinnvoll strukturieren zu können

[Doodle Umfrage](#)

Inhaltsverzeichnis

[[Verbergen](#)]

- [1 Überarbeitete Module](#)
 - [1.1 Unterstützende und flankierende Maßnahmen für das Schulsystem - IT und Lernmittel](#)
 - [1.1.1 1.100 Präambel](#)
 - [1.1.2 1.101 Medien](#)
 - [1.1.3 1.102 IT für Schulen](#)
 - [1.1.4 1.103 Finanzierung der landesweiten IT-Initiative](#)
 - [1.1.5 1.104 Lehrkräftefortbildungen](#)
 - [1.1.6 1.105 Lehrkräftefortbildungen](#)
 - [1.2 Schulkultur](#)
 - [1.2.1 1.110 Schulkultur](#)
 - [1.3 Erwachsenenbildung](#)
 - [1.3.1 1.120 Erwachsenenbildung](#)
 - [1.4 Kleinigkeitenpaket](#)
 - [1.4.1 1.130 Wir wollen die Zahl der Abschlüsse im tertiären Sektor vervielfachen](#)
- [2 Arguliner](#)
 - [2.1 Unterstützende und flankierende Maßnahmen für das Schulsystem - IT und Lernmittel](#)
 - [2.1.1 ad. 1.100 Präambel](#)
 - [2.1.2 ad. 1.101 Medien](#)
 - [2.1.3 ad. 1.102 IT für Schulen](#)
 - [2.1.4 ad. 1.103 Finanzierung der landesweiten IT-Initiative](#)
 - [2.2 Schulkultur](#)
 - [2.3 Erwachsenenbildung](#)
 - [2.4 Kleinigkeitenpaket](#)

Überarbeitete Module

Unterstützende und flankierende Maßnahmen für das Schulsystem - IT und Lernmittel

1.100 Präambel

Die Ausstattung mit digitalen Arbeitsmitteln und der Zugang zum Internet für alle Lernenden ist eine Grundvoraussetzung für den Zugang zur und die aktive Teilhabe an der Informations- und Wissensgesellschaft. Das erhebliche Ungleichgewicht zugunsten der papiergebundenen und nicht-netzwerkfähigen Bereitstellung von Lernmitteln ist historisch bedingt und stellt eine Momentaufnahme der aktuellen Entwicklung dar. Die NRW-Piraten regen eine deutliche Verschiebung dieser Verhältnisse an, die zudem Innovationsprozesse in den entsprechenden Branchen bei Schulbuchverlagen, Anbietern von Digitalmedien und IT-Dienstleistern stimulieren wird.

1.101 Medien

(Antrag auf ersatzlose Streichung des verabschiedeten Moduls 1.45 bei Akzeptanz von 1.101)

Die kommunalen Gesamtinvestitionen der Städte und Landkreise für audiovisuelle Digitalmedien betragen jährlich rund 1 Mio EUR, bzw. 0,48 EUR pro Schüler. Der aktuell aufgewendete Betrag stellt 0,8% des Umsatzes mit Lehr- und Übungsbüchern im Jahr 2008 dar. Die Digitalmedien werden über die Verleihsysteme der kommunalen und Landesmedienzentren sowie über das gemeinsam betriebene landesweite Online-Distributionssystem für alle allgemein- und berufsbildenden Schulen kostenlos bereitgestellt. Die NRW-Piraten wollen den Betrag von 1 Mio EUR auf 5,52 Mio EUR bzw. 2,50 EUR pro Schüler anheben. Dies entspricht dem Betrag, der in Finnland jährlich für Digitalmedien pro Schüler investiert wird.

1.102 IT für Schulen

Die Bereitstellung von Computern für allgemein- und berufsbildende Schulen erschöpft sich zur Zeit mit stationären Desktop-Geräten und ggf. in der Schule ausleihbaren Notebooks, die hauptsächlich in Computerräumen und Medienecken zum Einsatz kommen. Hier entfällt im Landesdurchschnitt ein Computer auf 8-12 Schüler. Die Nutzungskultur von Desktop-Geräten zuhause zur Unterrichtsvorbereitung, zu den Hausaufgaben sowie zu allgemeinen Bildungsaspekten ist stark abhängig von der jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Situation der Elternhäuser.

In einigen Städten und Landkreisen betreiben die kommunalen Rechenzentren Unterstützungssysteme für Schulen wie Dateiablagere server mit zentral verwalteten Zugangsberechtigungen. Der Einsatz von Lernmanagementsystemen (LMS) mit virtuellen Klassenzimmern, auf die auch von zuhause aus zugegriffen werden kann, bleibt der Initiative einzelner Schulen und Kommunen überlassen. Lediglich die Stadt Hennef im Rhein-Sieg-Kreis und die Regio-IT der Stadt und des Kreises Aachen haben zur Zeit den Einsatz von virtuellen Klassenzimmern flächendeckend etabliert. Auch der erfolgreiche Einsatz von Mobile Computing in der Schule hatte bislang nur Modellprojektcharakter und ist - ebenso wie die digitale Schulmappe - nur in einigen Evaluationsprojekten realisiert.

Die NRW-Piraten regen daher eine landesweite "IT-Initiative Bildungsinnovation" an. Diese beinhaltet den stetigen Ausbau der Bereitstellung personalisierbarer standardisierter multimediafähiger Notebooks oder Netbooks für alle Schülerinnen und Schüler ab dem 5.

Schuljahr. Die Finanzierung soll über Leasingverträge inkl. Versicherung und 24h-Supportservice gewährleistet werden. Die notwendige Standardsoftware kann zu 90% - 100% aus Open-Source-Angeboten bestehen. Ausserdem ist der stetige Ausbau der Bereitstellung serverbasierter virtueller Lernumgebungen/Lernmanagementsysteme (LMS) für alle Schulformen vorgesehen. Die Bereitstellung der IT-Serverdienstleistungen kann über das Netzwerk der kommunalen IT-Dienstleister erfolgen. Die finanzielle Belastung beträgt etwa 2,50 EUR pro Schüler und Jahr.

1.103 Finanzierung der landesweiten IT-Initiative

Die landesweiten Ausgaben pro Jahr für Schul- und Übungsbücher liegen aktuell bei 56 EUR pro Schüler. Von diesen 123 Mio EUR trägt das Land zwei Drittel und die Schülereltern ein Drittel. Auf die öffentliche Hand entfallen somit 82 Mio EUR, auf die Schülereltern 41 Mio EUR. Auf Antrag können für Kinder von Hartz-IV-Empfängern die Schulbuchkosten von den Sozialämtern übernommen werden. Hinzu kommen 1 Mio EUR für Digitalmedien und Online-Lizenzen, die zu 100% von den Kommunen getragen werden. Die Kosten für papiergebundene Zusatzlektüre und Fotokopien von derzeit etwa 44 Mio EUR werden vollständig von den Schülereltern aufgebracht und sind nicht erstattungsfähig. Ausserdem geben die Eltern in Nordrhein-Westfalen zusätzlich etwa 260 Mio EUR für private Nachhilfe aus, um die unzureichende staatliche individuelle Förderung zu ergänzen. Hieraus ergibt sich eine Gesamtinvestition von 428 Mio EUR, von denen die öffentliche Hand lediglich 82 Mio EUR, die Schüler und ihre Eltern aber 346 Mio EUR beisteuern.

Die "IT-Initiative Bildungsinnovation für Schulen" sieht Ausgaben für Digital- und Online Medien, sowie für die Bereitstellung von virtuellen Klassenzimmern (LMS) von 11 Mio EUR pro Jahr vor. Für eine flächendeckende Versorgung mit Multimedia-Notebooks für jeden Schüler ab der 5. Klasse ergeben vorsichtige Rechnungen zusätzliche 151 Mio EUR jährlich.

Die Gesamtbelastung beträgt folglich 162 Mio EUR pro Jahr. Der Betrag für Digitalmedien soll sofort im ersten Jahr in voller Höhe bereitgestellt werden. Für die weiteren Mittel gilt, dass im ersten Jahr 1/5, im zweiten 2/5 usw. bereitgestellt werden sollen, bis im 5. Jahr die volle Höhe erreicht ist. Die NRW-Piraten streben eine vollständige Übernahme der Schulbuchkosten durch die öffentliche Hand an. Demgegenüber soll ein moderater Elternbeitrag von 25 EUR pro Jahr erhoben werden, über den die Digitalmedien und die Lernplattformen vollständig und die Notebooks zu einem Drittel finanziert werden. Zwei Drittel der Notebooks sollen aus Landesmitteln finanziert werden. Der Elternbeitrag kann auf Antrag für Hartz-IV-Empfänger durch die Sozialämter erstattet werden.

1.104 Lehrkräftefortbildungen

Die NRW-Piraten regen die Übernahme des Umgangs mit Lernmanagementsystemen und Online-Medien in die reguläre Lehrerfortbildung im Rahmen der IT-Initiative an. Hierzu ist eine Freistellung/Neueinstellung von landesweit insgesamt 100 medien- und IT-affinen Lehrkräften und Dozenten zur Durchführung dieser Fortbildungen erforderlich. Die zusätzlichen notwendigen Investitionen sind Bestandteil der jährlichen Steigerungsrate der Bildungsinvestitionen insgesamt. Die NRW-Piraten wollen die verpflichtende Lehrkräftefortbildung auf 10 Tage pro Jahr ausbauen. Insgesamt 3 Tage der Lehrkräftefortbildung sollen in universitärer Verantwortung liegen und an universitären Pädagogik- oder Fachseminaren durchgeführt werden. Dies dient erstens einem schnelleren und effizienteren Transfer universitärer Erkenntnisse in die berufliche Praxis, zweitens werden die entsprechenden Fachbereiche der Universitäten dazu angehalten, sich stärker in der beruflichen Fortbildung zu engagieren. Sie bereiten sich durch entsprechende Fortbildungsangebote auf eine allgemein anzustrebende Kultur des lebenslangen und berufsbegleitenden Lernens vor und sind in diesen Prozess aktiv eingebunden. Die Lehrkräfte entscheiden selbst, welche Fortbildungsangebote sie aus dem universitären Portfolio wahrnehmen möchten. Die Fortbildungen sind nachweispflichtig.

1.105 Lehrkräftefortbildungen

Die NRW-Piraten regen die Übernahme des Umgangs mit Lernmanagementsystemen und Online-Medien in die reguläre Lehrerfortbildung im Rahmen der IT-Initiative an. Hierzu ist eine Freistellung/Neueinstellung von landesweit insgesamt 100 medien- und IT-affinen Lehrkräften und/oder Dozenten zur Durchführung dieser Fortbildungen erforderlich. Die NRW-Piraten wollen die verpflichtende Lehrkräftefortbildung auf 10 Tage pro Jahr ausbauen. Insgesamt 3 Tage der Lehrkräftefortbildung sollen in universitärer Verantwortung liegen und an universitären Pädagogik- oder Fachseminaren durchgeführt werden. Dies dient erstens einem schnelleren und effizienteren Transfer universitärer Erkenntnisse in die berufliche Praxis, zweitens werden die entsprechenden Fachbereiche der Universitäten dazu angehalten, sich stärker in der beruflichen Fortbildung zu engagieren. Sie bereiten sich durch entsprechende Fortbildungsangebote auf eine allgemein anzustrebende Kultur des lebenslangen und berufsbegleitenden Lernens vor und sind in diesen Prozess aktiv eingebunden. Die Lehrkräfte entscheiden selbst, welche Fortbildungsangebote sie aus dem universitären Portfolio wahrnehmen möchten. Die Fortbildungen sind nachweispflichtig.

Schulkultur

1.110 Schulkultur

Schulkultur bedeutet für die NRW-Piraten den vertrauensvollen und partnerschaftlichen Umgang aller Beteiligten. Das schließt neben Schülern, Lehrern und Eltern auch das nicht-pädagogische Personal der Schulen und die Kooperationspartner mit ein.

Toleranz und gegenseitiger Respekt sind Grundvoraussetzungen für das Gelingen von Inklusionspädagogik. Hier müssen die Schulen gestärkt, und zeitliche, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Da die Schüler durch Ganztagsbetreuung immer mehr Zeit in der Schule verbringen, ist die Umgestaltung der Schulen von einem bloßen Lernraum zu einem echten Lern- und Lebensraum zentraler Punkt der Schulkultur. Mensa, Aufenthaltsräume, Ruhezonen, Sportbereiche, Bibliotheken und gestaltete Außenbereiche sollen weiter ausgebaut werden. Schule kann auf diese Weise zu verschiedensten Aktivitäten von Schülern, Eltern und anderen einladen, die damit positiv auf das Lernklima zurückwirken. In der unterrichtsfreien Zeit und in nichtgenutzten Räumen können Veranstaltungen von und für die Schulgemeinschaft stattfinden.

Das Thema Schulkultur muss in der Aus- und Fortbildung von Lehrern mehr Berücksichtigung finden. Teamstrukturen müssen in der Schule weiter gestärkt werden.

Vor allem in großen Systemen ist es notwendig, für alle Schüler überschaubare Strukturen zu schaffen, die ein positives Lernklima begünstigen. Hilfreich sind hier verschiedene feste Lehrerteams, die sich austauschen und koordinieren und dem Schüler als Ansprechpartner zur Seite stehen. Neben den äußeren Strukturen wird durch Einsatz von vielfältigen Unterrichtsformen die sozialen Kompetenzen der Schüler gefördert.

Gemeinsame Aktivitäten, wie Fahrten und Feiern müssen wieder einen höheren Stellenwert erlangen. Internationale Themenprojekte, auch in Kooperation mit Ländern außerhalb Europas, können mit Hilfe der neuen Medien verstärkt Eingang in den Unterricht finden und Orientierung in einer globalisierten Welt fördern.

Erwachsenenbildung

1.120 Erwachsenenbildung

Erwachsenenbildung geht als Prinzip des "Lebenslangen Lernens" weit über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen hinaus.

Die NRW-Piraten sehen die Bundesregierung und die Landesregierungen in der Pflicht, lebenslanges Lernen durch Bereitstellung von kostenfrei zugänglichem Lehrmaterial für Standardabschlüsse, beziehungsweise Zertifizierungen und dem Angebot von modularen Prüfungen zu fördern.

Die Materialien sind gleichzeitig als Ergänzung zum Schulunterricht für Schüler nutzbar. Die NRW-Piraten unterstützen ausserdem den Ausbau und die Förderung von "Open Education" und "Open Content"-Projekten ("Offene Bildung"), bei denen Bildungsinhalte kostenlos allgemein verfügbar gemacht werden.

Die NRW-Piraten sehen einen wesentlichen Aspekt für eine Steigerung der allgemeinen Bildung in der Fehlertoleranz von Bildungssystemen: Personen in einer finanziell angespannten Lage müssen ebenfalls die Möglichkeit haben, Fehler zu machen beziehungsweise Fehlentscheidungen zu treffen. Systeme, die nur "eine Chance für alle" bieten, bestrafen gerade diejenigen, die sich zusätzliche Kurse oder Prüfungen nicht leisten können. Eine Kostenexplosion lässt sich durch den verstärkten Einsatz von modernen Medien und staatlichen Selbstlernangeboten, ergänzt durch regelmäßige öffentliche Prüfungstermine verhindern.

Die Erwachsenenbildung der Zukunft wird sich auszeichnen müssen durch einen nahezu formlosen Zugang zu öffentlichen und öffentlich anerkannten kostenfreien, außerschulischen Lernprogrammen mit geringen Prüfungskosten. Modulare Zertifizierungen erlauben dabei ein "Sammeln" von Einzelzertifikaten, die letztlich zu einem Abschluss zusammengefasst werden können, auch über einen vergleichsweise langen Zeitraum. In der Folge ergeben sich flexible Anpassungsmöglichkeiten an die individuellen Lebensumstände, sowie eine Motivation zur Steigerung der Bildung quer durch die Bevölkerung.

Die Notwendigkeit einer Anmeldung mit langfristigen Verpflichtungen, beziehungsweise Kosten über Jahre hinweg, entfällt somit. Dies kommt zum Beispiel den Lebensrealitäten von Familien, prekär Beschäftigten, Kurzarbeitern oder Erkrankten entgegen. Dennoch werden ihnen Möglichkeiten eröffnet, die erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse entsprechend zu zertifizieren. Generell sind dabei Prüfungen, die sich an einen Kurs anschließen, auch für Selbstlerner offen.

Die NRW-Piraten setzen sich für eine stärkere Öffnung, Vernetzung, Kommunikation und Zusammenarbeit der bisher oft insulär arbeitenden Bildungsinstitutionen ein.

Ausserdem kommt den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten eine wichtige Rolle als Produzent und Anbieter von Materialien zur Unterstützung von Lerninhalten, orientiert an den Lehrplänen staatlicher Schulen zu.

Gerade im Medienbereich ist verstärkt darauf zu achten, dass Mehrwert, der durch den Einsatz von Steuermitteln erzeugt wird, dem Steuerzahler unentgeltlich zur Verfügung steht. Dies gilt insbesondere für Medieninhalte, die über das Netz langfristig in Archiven verfügbar gehalten werden können.

Die NRW-Piraten sehen die Erhaltung und den Ausbau von staatlichen und privaten Förderprogrammen als wichtig an. Die zukünftigen Programme sollen allerdings nicht ausschliesslich auf "Eliten" und "Top-Performer", die oft ohnehin schon gefördert werden, ausgerichtet sein, sondern als Zielgruppe alle Lernwilligen begreifen, unabhängig von deren bisheriger Bildungsbiografie.

In Schule und Medien daher soll verstärkt auf Bildungsangebote, Fördermöglichkeiten und die

Vergabemodalitäten hingewiesen werden.

Wesentlicher Bestandteil sinnvoller Bildungsförderung ist eine geringe Zugangsschwelle. Informationen über Bildungsmöglichkeiten müssen ohne Aufwand auffindbar sein, und dürfen kein "Herrschaftswissen" darstellen.

Die NRW-Piraten sehen es im Rahmen von "Lebenslangem Lernen" als konsequent an, auch Förderprogramme und Stipendien für Erwachsene anzubieten.

Die NRW-Piraten betrachten neben berufsbegleitender Weiterbildung auch Bildungsurlaub als wichtigen Teil des Arbeitslebens und als wichtiges Element der Erwachsenenbildung zur Erweiterung des geistigen Horizonts.

Kleinigkeitenpaket

1.130 Wir wollen die Zahl der Abschlüsse im tertiären Sektor vervielfachen

(Antrag auf ersatzlose Streichung des verabschiedeten Moduls 1.3 (Wir wollen die Zahl der Hochschulabschlüsse vervielfachen) bei Akzeptanz von 1.130)

Die NRW-Piraten stellen die Bildungspolitik deshalb ins Zentrum ihres politischen Handelns. Wir wollen die absolute Zahl der Abschlüsse im tertiären Sektor sichtbar erhöhen und gleichzeitig die Qualität aller Abschlüsse steigern. Aufgrund des demografischen Wandels sinkt die Zahl der schulpflichtigen Personen. Daher muss die Quote der Abschlüsse im tertiären Sektor innerhalb eines Jahrgangs in den kommenden zwei Jahrzehnten vervielfacht werden, um den Bedarf der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft an gut und sehr gut ausgebildeten Personen zu decken.

Dies soll dadurch erreicht werden, dass mehr Schüler zur Hochschulreife gebracht werden und ein Hochschulstudium beginnen. Auch soll die Abbrecherquote massiv gesenkt werden. Darüber hinaus gilt es, die Qualität und Flexibilität beruflicher Ausbildungswege zu erhöhen und diese, wo immer es sinnvoll ist, zu einem Fachhochschul- oder Universitätsstudium auszubauen. Letzteres ist vor allem für die Berufe notwendig, in denen eine wissenschaftlich fundierte Qualifikation immer wichtiger wird.

Arguliner

Unterstützende und flankierende Maßnahmen für das Schulsystem - IT und Lernmittel

ad. 1.100 Präambel

- Die Präambel stellt noch einmal die Rolle von IT und Digitalmedien für eine Modernisierung des Schulunterrichts im Sinne des Zugangs zur Informations- und Wissensgesellschaft für alle Lernenden heraus.

ad. 1.101 Medien

(Antrag auf ersatzlose Streichung des verabschiedeten Moduls 1.45 bei Akzeptanz von 1.101): Unter audiovisuellen Digitalmedien werden verstanden: a) den Bedürfnissen der Schulfächer in den verschiedenen Schulstufen angepasste sog. didaktische DVDs zu Unterrichtsthemen, die neben modularen Videoinhalten auch didaktische Materialien für die Lehrkräfte und Lern- und Arbeitsmaterialien für Schüler enthalten b) Online-Medien, d.h. DVD-Inhalte, Hypertexte aus a) die

für die Nutzung durch Browser und Mediaplayer angepasst sind und über Server abgerufen werden können. Zusatz: (ggf. mit digitalen Beilagen in Form von CDs) (Quelle VDS-Bildungsmedien e.V. - vormals Verband der Schulbuchverlage)

ad. 1.102 IT für Schulen

-

ad. 1.103 Finanzierung der landesweiten IT-Initiative

Die aktuell landesweit realen Ausgaben pro Jahr betragen:

- a) 123 Mio EUR Umsatz 2008, Schul- und Übungsbücher mit ggf. digitalen Beilagen in Form von CDs (Quelle VDS-Bildungsmedien, Verband der Schulbuchverlage) oder 56 EUR pro Schüler und Jahr, Kostenträger 2/3 Land NRW, 1/3 Schülereltern,
- b) 1 Mio EUR für Digitalmedien und Online-Lizenzen oder 0,48 EUR pro Schüler und Jahr, Kostenträger Kommunen 100% (Quelle: FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH - Das Medieninstitut der Länder)
- c) 44,1 Mio EUR Kosten für papiergebundene Zusatzlektüren und Fotokopien oder 20 EUR durchschnittlich pro Schüler und Jahr, Kostenträger Schülereltern 100%, keine Erstattung, wird im Laufe des Schuljahres von Lehrkräften in den Klassen eingesammelt.
- d) 260 Mio EUR für Nachhilfen: Zwischen 942 Mio und 1,5 Mrd EUR (Quelle "Westfälische Nachrichten" (29.01.2010)) geben die Schülereltern jährlich und bundesweit für Nachhilfen aus, im Mittel 1,221 Mrd EUR (Soziales Ungleichgewicht). Nach dem Königsteiner Schlüssel gewichtet entfallen hiervon allein 260 Mio EUR auf NRW (Wichtungsfaktor NRW = 21,30385%). Dies entspricht jährlich pro Schüler im Mittel 118 EUR.

428,1 Mio EUR betragen die Gesamtinvestitionen für Papiermedien, Digitalmedien und Dienstleistungen wie Nachhilfen im Kontext Schule pro Jahr. Hiervon trägt die öffentliche Hand 82 Mio EUR, der Elternanteil beläuft sich auf 346,1 Mio EUR

IT-Initiative Ausgaben pro Jahr 5,52 Mio EUR für Digital- und Online-Medien, pro Schüler und Jahr 2,50 EUR Bereitstellung der Summe sofort im ersten Jahr 5,52 Mio EUR für die Bereitstellung von virtuellen Klassenzimmern (LMS) für jeden Schüler, pro Schüler und Jahr 2,50 EUR

151 Mio EUR Belastung pro Jahr bei vollem Durchsatz nach 5 Jahren ergibt sich für die Bereitstellung von Multimedia-Notebooks für jeden Schüler ab Klasse 5 Hinweis zur Berechnung: Preis Notebook mit Versicherung 500 EUR (hoch angesetzt ohne Rabatte), Das Gesamtvolumen bei vollem Durchsatz auf 5 Jahre beträgt 755,5 Mio EUR, jährlich also 151 Mio EUR, oder jährlich pro Schüler 100 EUR 162,4 Mio EUR ergeben sich für die jährliche Gesamtbelastung, davon 156,88 Mio EUR jährliche Gesamtbelastung ohne Digitalmedien Der Zeitraum für die Umsetzung der IT-Initiative beträgt 5 Jahre. Der Betrag für Digitalmedien soll sofort im ersten Jahr in voller Höhe bereitgestellt werden. Für die weiteren Mittel gilt, dass im ersten Jahr 1/5, im zweiten 2/5 usw. bereitgestellt werden sollen, bis im Jahr 5 die volle Höhe erreicht ist. Es kann ein moderater Elternbeitrag von 25 EUR pro Jahr erhoben werden (Summe 55,1 Mio jährlich)

Zahlenbasis der Berechnungen: Schüler NRW 2009 gesamt 2205718, Schüler NRW 2009 gesamt ohne Grundschulen 1510382 (Quelle: NRW-IT 2009) Königsteiner Schlüssel: Die Berechnung des Königsteiner Schlüssels wird jährlich vom Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz durchgeführt; der Schlüssel wird im Bundesanzeiger veröffentlicht. Dem Königsteiner Schlüssel für das Haushaltsjahr 2009 liegen das Steueraufkommen im Jahr 2007 und die Bevölkerungszahl in den Bundesländern von 2007 zugrunde.

Schulkultur

- Vielfältige Unterrichtsformen erklären: Kooperatives und Selbstorganisiertes Lernen, Projektarbeiten, Frontalunterricht, Partnerarbeit, Experimente
- Beispiele für internationale Projekte: UPS / UNESCO (z. B. Baltic Sea Project - Nachfolger)

Erwachsenenbildung

...

Kleinigkeitenpaket

...

NRW:Landesparteitag 2010.2/Umwelt

Aus Piratenwiki

< [NRW:Landesparteitag 2010.2](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Dies sind die Vorschläge für den Themenbereich Umwelt im Wahlprogramm der NRW-Piraten zur Landtagswahl 2010.

Um auf der LMV die vorgeschlagenen Wahlprogrammmodule möglichst schnell abstimmen zu können, sollen möglichst viele NRW-Piraten bereits im Vorfeld eine Meinung zu dem Modul in einer Doodle-Umfrage abgegeben. Dies ist keine endgültige Stimmabgabe, sondern dient nur dazu, die Abstimmungen auf der LMV sinnvoll strukturieren zu können

[Doodle Umfrage](#)

In diesem [Piratenpad](#) werden Fragen und Anregungen zur Erstellung des Arguliners gesammelt. Das offizielle Pad ist [hier](#)

Diese **Module zum Naturschutz in NRW** schlage [ich](#) als Ergänzung zum bereits beschlossenen Umwelt-Teil des Wahlprogrammes vor. Sie lehnen sich eng an ein Papier des Landesarbeitskreises Naturschutz im BUND LV NRW e.V. an, das [komplette Papier](#)

Inhaltsverzeichnis

[[Verbergen](#)]

- [1 Modul 3.1](#)
- [2 Modul 3.2](#)
- [3 Modul 3.3](#)
- [4 Modul 3.4](#)

Modul 3.1

Die Sicherung der Vielfalt an Arten und Ökosystemen (Biodiversität) sind die vorrangige Naturschutzaufgabe. Verluste von Arten und Habitaten sind grundsätzlich zu vermeiden.

Modul 3.2

Die NRW-Piraten setzen sich für die Ausweisung von Nationalparks und Biosphärenreservaten in NRW ein. Die Schutzkategorie „Biosphärenreservat“ oder gleichbedeutende Kategorien sollen im Landschaftsgesetz verankert werden.

Modul 3.3

Der Biotopverbund soll in der Raumordnung stärker verankert werden. Ansprüche der geschützten Arten müssen in die Entwicklung der Verbundplanung des Landes integriert werden, die vielfach verinselten Schutzgebiete müssen mittels Verbundkorridoren zu einem Schutzgebietsnetz entwickelt werden.

Modul 3.4

Die NRW-Piraten wollen integrativen Landschaftsschutz: unabhängig von Schutzkategorien müssen mindestens 30 % der Landesfläche im Einklang mit den Anforderungen zu Bewahrung der Biodiversität bewirtschaftet werden. Dies erfordert die Einführung von Biodiversitätsstandards für die Bewirtschaftung der Agrarlandschaft, der Erholungs- und Siedlungsgebiete. Mindestens 20 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche müssen ökologisch bewirtschaftet werden (Biolandbau). Mindestens 10 % des Waldes sollen aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden.

NRW:Landesparteitag 2010.2/Umweltpolitik2

Aus Piratenwiki

< [NRW:Landesparteitag 2010.2](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Dieses Modul von Pascal heißt leider auch 3.40.

[Doodle Umfrage](#)

3.40: Wahlfreiheit bei gentechnisch verändertern Organismen

Die NRW-Piraten sind für die Wahlfreiheit des einzelnen Bürgers -als Konsument, Händler oder Produzent- in der Entscheidung, ob er gentechnisch verändertern Organismen (GVO) als Lebensmittel oder in der Textilproduktion akzeptiert oder nicht. Da eine Koexistenz von GVO und nicht GVO unter freiem Himmel nicht möglich ist, sind wir für ein Verbot des Einsatzes von GVO ausserhalb von geschützten Laborbedingungen. Das Ausbringen von GVO in die Biosphäre ist zu verbieten.

Autoren

[Pascal](#)

[Link zum Arguliner](#)

[Piratenpad](#) für Fragen und Anregungen zur Erstellung des Arguliners

NRW:Landesparteitag 2010.2/Verbraucherschutz

Aus Piratenwiki

< [NRW:Landesparteitag 2010.2](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Dies sind die neuen Module des Themenbereichs Verbraucherschutz.

Um auf der LMV die vorgeschlagenen Wahlprogrammmodule möglichst schnell abstimmen zu können, sollen möglichst viele NRW-Piraten bereits im Vorfeld eine Meinung zu dem Modul in einer Doodle-Umfrage abgeben. Dies ist keine endgültige Stimmabgabe, sondern dient nur dazu, die Abstimmungen auf der LMV sinnvoll strukturieren zu können

[Doodle Umfrage](#)

Inhaltsverzeichnis

[[Verbergen](#)]

- [1 6.22 Verbraucherrechte: Die kollektive Rechtsdurchsetzung stärken durch Einführung des Verbandsklagerechts im Verbraucherbereich](#)
- [2 6.23 Stärkung der Verbraucherpolitik: am Bedarf orientierter Ausbau des Beratungsangebotes](#)
- [3 6.24 Verbesserung der Lebensmittelsicherheit: Einführung der Smiley-Kennzeichnung für Gaststätten](#)
- [4 6.25 Stärkung der Verbraucherpolitik: Ausrichtung des Beratungsangebotes auch an den Bedürfnissen von Verbrauchern mit Migrationshintergrund](#)
- [5 6.26 Förderung selbstbestimmter Verbraucher durch Transparenz \(Information\) und Bildung: Verbraucherbildung allgemein](#)

6.22 Verbraucherrechte: Die kollektive Rechtsdurchsetzung stärken durch Einführung des Verbandsklagerechts im Verbraucherbereich

- Das Land NRW soll im Bundesrat eine Initiative einbringen zur Erweiterung des Verbandsklagerechts (nur für anerkannte Stellen) auf den Bereich des Verbraucherschutzes mit der Möglichkeit einer Musterfeststellungsklage durch Verbraucherverbände, um eine Rechtsfrage verbindlich für alle betroffenen Verbraucher zu klären.

*Argueliner: Eine Verbandsklage ist in gewissen Bereichen die einzig bestehende Möglichkeit, um den Gemeinschaftswillen durch die Vertretung von Verbänden dort verbindlich Gehör zu verschaffen, wo ansonsten überhaupt keine realistische Einflussnahme bzw. Interessenvertretung besteht. Diese Möglichkeit ist einer der **wichtigsten und fundamentalsten rechtlichen Neuerungen** - und auch hauptsächlich nur in den Bereichen Naturschutz (2002) und Umwelt (2006). Das Verbandsklagerecht kann **ausschließlich von anerkannten Stellen** wahrgenommen werden, um Missbrauch auszuschließen. Sammelklagen, die z.B. auch von Verbraucherzentralen geführt werden können, besitzen den Nachteil, dass die getroffenen Urteile*

ausschließlich Gültigkeit für die Klagen und nicht die Allgemeinheit besitzen.

Autoren: [Logos](#)

6.23 Stärkung der Verbraucherpolitik: am Bedarf orientierter Ausbau des Beratungsangebotes

- Ausbau der Verbraucherberatung, um ein flächendeckendes Basisangebot und eine an den Bedürfnissen der Verbraucher ausgerichteten unabhängigen Beratungsstruktur dauerhaft auf hohem Niveau sicherzustellen.

Argueliner: noch immer existieren "weiße Flecken" auf der NRW-Karte, die Bereiche darstellen, wo trotz Bedarf kein Angebot zur Verbraucherberatung verfügbar ist. Darüber hinaus sind viele bestehende Beratungsstandorte aufgrund personeller Unterversorgung nicht in der Lage, den [mengenmäßig] hohen Beratungsbedarf zu decken.

Autoren: [Logos](#)

6.24 Verbesserung der Lebensmittelsicherheit: Einführung der Smiley-Kennzeichnung für Gaststätten

- Verbindliche Einführung einer [Smiley-Kennzeichnung](#) an der Eingangstür aller Gaststätten in NRW zur Förderung selbstbestimmter Verbraucher durch unmittelbare, unbürokratische Transparenz der Ergebnisse von Kontrollen.

Argueliner: Konzept: Anbringung eines grünen (:-) / gut), gelben (:- | / neutral) oder roten (:- / schlecht) Smiley's an der Gaststätten-Eingangstür (Gaststätten im Sinne der allgemein anerkannten Definition: gastronomischer Betrieb, in dem Getränke oder Speisen zum sofortigen Verzehr verkauft werden; z.B. [Fastfood-]Restaurants), welcher das Ergebnis einer offiziellen Kontrolle für alle potenziellen Besucher **unmittelbar, transparent und unbürokratisch** anzeigt. Das theoretisch nutzbare Verbraucherinformationsgesetz ist praktisch nicht anwendbar, weil ein Ergebnis in Folge der bürokratischen Strukturen erst nach mehreren Monaten erhältlich ist. Das ist bei einem beabsichtigten Gaststättenbesuch nicht praktikabel. Eine Veröffentlichung der Kontrollergebnisse im Internet hat u.a. den Nachteil, dass all diejenigen Besuchern nicht Zugriff auf diese Information verfügen, die keinen Internetzugang besitzen - also insbesondere ältere Menschen. Bei einem neutralen oder negativen Smiley kann der Gaststättenbetreiber freiwillig eine Nachkontrolle veranlassen, die ggf. - sofern sich die Zustände signifikant verbessert haben - zu einem besseren Smiley führt.

Das Konzept wurde erfolgreich zuerst in Dänemark eingeführt und dann in Berlin ebenso erfolgreich adaptiert. Eine verbindliche Einführung ist deshalb notwendig, weil sich sonst gerade "die schwarzen Schafe" entziehen - umgekehrt jedoch kann aus dem Fehlen eines Smileys bei angenommener freiwilliger Beteiligung nicht zwingend auf mäßige-schlechte Hygienezustände geschlossen werden

Autoren: [Logos](#)

6.25 Stärkung der Verbraucherpolitik: Ausrichtung des Beratungsangebotes auch an den Bedürfnissen von Verbrauchern mit Migrationshintergrund

- Netzwerker für Verbraucher mit Migrationshintergrund mit gleichem muttersprachlichen

und kulturellen Hintergrund als Vermittler zu "deutschen" Beratern.*

***Argueliner:** Hintergrund: es existieren einige "scharze Schafe" unter den Anbietern, die sich auf Menschen mit ganz bestimmten Migrationshintergründen spezialisiert haben (dann auch oft konkurrenzlos) und dort Verbraucher mit diesem Konzept "ködern". Für diese "übereilten" Verbraucher besteht eine große Kontakthürde zu deutschen Beratern. Muttersprachliche Kontaktpersonen als Vermittler würden diese Hürde signifikant vermindern.*

Autoren: [Logos](#)

6.26 Förderung selbstbestimmter Verbraucher durch Transparenz (Information) und Bildung: Verbraucherbildung allgemein

- Eine koordinierte Bund-Länder-Initiative zur Förderung selbstbestimmter Verbraucher durch Transparenz (Information) und Bildung. Zu den Kernaufgaben der Bund-Länder-Initiative gehören:
 - die bundesländerübergreifende Koordination der Verbraucherbildung
 - die Formulierung bundesländerübergreifender Mindeststandards für die Verbraucherbildung

***Argueliner:** Die "Fallen" im Verbraucherbereich sind so vielfältig und komplex, dass ihnen selbst kritische und vorsichtige Menschen unterliegen. Das Ziel selbstbestimmter Verbraucher bedarf daher der Aufklärung und in Folge dessen entsprechender Bildungsangebote. Die unerwünschte Festlegung von schulischen Lehr- und Lerninhalten wurde gestrichen und der Punkt insgesamt unkritischer formuliert.*

Autoren: [Logos](#)

NRW:Landesparteitag 2010.2/wirtschaftsfinanzen

Aus Piratenwiki

< [NRW:Landesparteitag 2010.2](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Dies sind (vermutlich?) die Module des AK Wirtschaft und Finanzen. Mir liegt nur folgendes Protokoll vor, welches die neu (oder als Wiederholung) einzureichenden Module nicht klar klassifiziert. Die Formulierungen in den Protokoll sind nicht immer eindeutig.

[1]

Um auf der LMV die vorgeschlagenen Wahlprogrammmodule möglichst schnell abstimmen zu können, sollen möglichst viele NRW-Piraten bereits im Vorfeld eine Meinung zu dem Modul in einer Doodle-Umfrage abgegeben. Dies ist keine endgültige Stimmabgabe, sondern dient nur dazu, die Abstimmungen auf der LMV sinnvoll strukturieren zu können.

[Doodle-Umfrage](#)

Inhaltsverzeichnis

[[Verbergen](#)]

- [1 8.9: Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden](#)
- [2 8.9 Service von Ämtern bei Genehmigungsverfahren](#)
- [3 8.17](#)
- [4 8.3: Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der IHK](#)
- [5 8.3: Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der IHK](#)

8.9: Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden

Die Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden in Deutschland wie in der Industrie- und Handelskammer (IHK) oder den Handwerkskammern ist ein Beispiel für unnötige Bürokratie.

Viele Unternehmer und Selbständige haben kein Interesse an deren Leistungen. Trotzdem ist jeder Gewerbetreibende und jeder Gründer einer Firma ab dem ersten Tag zur Beitragszahlung an die IHK verpflichtet. Diese Zwangsregelung trifft besonders kleine Gewerbetreibende oder Handwerker hart, die keine Leistungen in Anspruch nehmen. Selbst inaktive Firmen oder Betriebe, die sich in Auflösung befinden, sind zu dieser Abgabe verpflichtet.

Für Selbständige kommt erschwerend hinzu, dass deren private Einkünfte an die IHK bzw. die Handwerkskammer übermittelt werden, da sich nach deren Höhe die Abgabenhöhe an die IHK bemisst. Dies stellt nach Auffassung der PIRATEN eine eklatante Verletzung der Privatsphäre von Selbständigen dar.

Die PIRATEN fordern daher, die Zwangsmitgliedschaft mit Zwangsbeiträgen in Kammern und Verbänden abzuschaffen und durch eine freiwillige Beitrittsmöglichkeit zu ersetzen. Damit würde auch die Übermittlung der privaten Einkünfte von Selbständigen an die IHK bzw. die Handwerkskammern beendet.

8.9 Service von Ämtern bei Genehmigungsverfahren

Für Anträge, Erlaubnisse und Genehmigungen verlangen Ämter regelmäßig die Vorlage von Schriftstücken wie Handelsregisterauszug, Eintrag in Schuldnerverzeichnis und Insolvenzregister, Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts oder andere Daten zur betreffenden Firma. Das Zusammentragen dieser Schriftstücke ist für Unternehmer zeitraubend und kostenaufwändig - obwohl die Daten größtenteils ohnehin in öffentlichen Registern verfügbar sind.

In solchen Fällen brauchen Unternehmer nicht mit Ämtergängen behelligt werden. Stattdessen soll für diese Anträge ein Sammel-Formular online bereitgestellt oder zugeschickt werden. Auf diesem können Unternehmer mit einer einzigen Unterschrift einem Amt die Erlaubnis einräumen, bei anderen Ämtern notwendige Daten abzufragen. Auf diese Weise wird der bürokratische Aufwand von den Ämtern erledigt.

Letztlich muss jeder Unternehmer selbst entscheiden dürfen, ob er diesen Service der Behörde nutzen will oder nicht. Er muss auch die Möglichkeit haben, Behördengänge selber zu erledigen, wenn er der Auffassung ist, nur so Herr über seine Daten bleiben zu können.

8.17

Jeder Amtsträger muss eine gewisse Wartezeit verstreichen lassen für die Annahme einer Tätigkeit in der freien Wirtschaft, die direkt mit dem ehemaligen Ressort des Amtsträgers in Verbindung steht. Hierdurch können eventuelle Vorteilsnahmen beider Seiten eingedämmt werden. Nach Auslaufen der Amtszeit des Amtsträgers darf dieser während der folgenden Legislaturperiode weder als Angestellter noch beratend für Unternehmen tätig werden, die direkt mit dem ehemaligen Ressort in Verbindung stehen. Damit wird sichergestellt, dass Ämter als ehrenvolle Pflicht und nicht als Sprungbrett zu besseren Verdienstchancen verstanden werden.

8.3: Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der IHK

Die Zwangsmitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer (IHK) für jeden Firmengründer ist ein Beispiel für unnötige Bürokratie. Die meisten Unternehmer haben kein Interesse an deren Leistungen und kennen diese oftmals nicht einmal. Trotzdem ist jeder Gewerbetreibende und jeder Gründer einer Firma ab dem ersten Tag zur Beitragszahlung verpflichtet. Zwar kostet die Zwangsmitgliedschaft in der IHK nicht viel, dieser Beitrag ist jedoch nach Ansicht vieler Unternehmer der sinnloseste Beitrag für die Verwaltung. Die NRW-Piraten fordern daher, die Zwangsmitgliedschaft in der IHK abzuschaffen und durch eine freiwillige Beitrittsmöglichkeit zu ersetzen.

8.3: Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der IHK

Die vielfach praktizierte Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden in Deutschland schränkt Unternehmer und Betriebe in ihrer Freiheit ein und bieten nicht durchgängig für den Zwangsbeitrag äquivalente Leistungen. So ist der Beitrag der Industrie- und Handelskammer (IHK) ein viel zitiertes und umstrittenes Beispiel für unnötige Bürokratie. Die meisten Unternehmer haben in vielen Umfragen bestätigt, dass kein Interesse an der Leistungen besteht, die oftmals nicht einmal bekannt sind. Die NRW-Piraten fordern daher, die Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden wie der IHK abzuschaffen und durch die Freiwilligkeit zu ersetzen. Wir vertreten den Anspruch: wer gute Leistung bietet wird freiwillige Mitglieder finden.

Abgabe leisten müssen. Selbst Betriebe die sich in Auflösung befinden, sind zu dieser Abgabe verpflichtet.

NRW:Landesparteitag 2010.2/Innenpolitik

Aus Piratenwiki

< [NRW:Landesparteitag 2010.2](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Das ist das neue Modul des Themenbereichs Innepolitik.

Um auf der LMV die vorgeschlagenen Wahlprogrammmodule möglichst schnell abstimmen zu können, sollen möglichst viele NRW-Piraten bereits im Vorfeld eine Meinung zu dem Modul in einer Doodle-Umfrage abgeben. Dies ist keine endgültige Stimmabgabe, sondern dient nur dazu, die Abstimmungen auf der LMV sinnvoll strukturieren zu können.

[Doodle-Umfrage](#)

10.14 Videoüberwachung auf Demonstrationen

Die Teilnahme an einer gesetzmäßigen und ordentlich angemeldeten Demonstration ist ein legitimes Mittel, seine politische Meinung kundzutun. Es rechtfertigt keinesfalls, unter Verdacht gestellt zu werden, einen Gesetzesbruch begehen zu wollen. Daher lehnen wir ausdrücklich den allgemeinen und präventiven Einsatz von Überwachungskameras während Demonstrationen ab.

Die Polizei sollte in der Lage sein, die Situation einzuschätzen und die Kameras nur dann einzuschalten, wenn die Stimmung aggressiv wird. Dass aber friedlich demonstrierende Bürger als potentielle Verbrecher behandelt werden, nur weil sie ihr Recht auf Meinungsäußerung wahrnehmen, ist abzulehnen.